

WAHL PROGRAMM

Unser Programm für die Deutschsprachige
Gemeinschaft

09.
06. | WÄHLE DEN
WECHSEL



LISTE
6



CSPP

ES GEHT UMS WESENTLICHE

Inhaltsverzeichnis

ES GEHT UMS WESENTLICHE!	4
1. FÜR MEHR PFLEGEKRÄFTE: WEIL ZU VIEL LAST AUF ZU WENIGEN SCHULTERN LASTET! ___ 6	
<i>PUNKT 1: FACHKRÄFTEMANGEL BEKÄMPFEN!</i>	9
<i>PUNKT 2: ATTRAKTIVERE ARBEITSBEDINGUNGEN!</i>	10
<i>PUNKT 3: STÄRKUNG DER HÄUSLICHEN PFLEGE UND ANPASSUNG DES PFLEGESELDES!</i>	10
<i>PUNKT 4: ERHALT UNSERER ZWEI KRANKENHAUSSTANDORTE!</i>	13
<i>PUNKT 5: AUSBAU UNSERER ALTENHEIME UND EINER DEMENZSTRATEGIE!</i>	15
2. HANDWERK ALS PLAN A: JUNGE MENSCHEN FÜR DIE LEHRE BEGEISTERN!	16
<i>PUNKT 1: WER ARBEITET, MUSS MEHR HABEN!</i>	17
<i>PUNKT 2: STRATEGIE „HANDWERK“!</i>	19
<i>PUNKT 3: MIT „OSTBELGIENS TRÜMPFEN“ STECHEN!</i>	19
<i>PUNKT 4: EIN IMAGEWECHSEL FÜRS HANDWERK!</i>	20
<i>PUNKT 5: AN DER SEITE UNSERER LANDWIRTE STEHEN!</i>	22
3. FÖRDERN UND FORDERN: STARKE KINDER, STARKE ZUKUNFT	25
<i>PUNKT 1: FÖRDERN UND FORDERN: KEIN ABSCHIED VOM LEISTUNGSPRINZIP!</i>	27
<i>PUNKT 2: EXZELLENZ IM WESENTLICHEN: LESEN, SCHREIBEN, RECHNEN UND FRANZÖSISCH!</i>	27
<i>PUNKT 3: DIE BESTE BILDUNG FÜR DAS DIGITALE ZEITALTER!</i>	28
<i>PUNKT 4: EIN PLAN FÜR DEN LEHRERBERUF!</i>	29
<i>PUNKT 5: OPTIMALE FRÜHKINDLICHE BILDUNG!</i>	31
4. EIN EIGENES ZUHAUSE: ABER BEZAHLBAR!	32
<i>PUNKT 1: KOSTEN SPAREN DURCH EFFIZIENTE GENEHMIGUNGSVERFAHREN!</i>	35
<i>PUNKT 2: 6 % BEI ALLEN BAU- UND RENOVIERUNGSVORHABEN!</i>	36
<i>PUNKT 3: NEIN ZUR RENOVIERUNGSPFLICHT!</i>	36
<i>PUNKT 4: MIT INVESTITIONEN BEZAHLBAREN WOHNRAUM SCHAFFEN!</i>	36
<i>PUNKT 5: STÄRKUNG DER LOKALEN BINDUNG!</i>	36
5. FÜR EINE WERTEGESTEUELTE INTEGRATIONSPOLITIK!	37
<i>PUNKT 1: ANHEBUNG DER VERPFLICHTENDEN LANDESSPRACHKENNTNISSE AUF NIVEAU B1!</i>	38
<i>PUNKT 2: SCHNELL, EINFACH UND UNBÜROKRATISCH IN ARBEIT!</i>	39

PUNKT 3: GLEICHE RECHTE UND PFLICHTEN FÜR ALLE!	39
PUNKT 4: EINE WILLKOMMENSKULTUR FÜR OSTBELGIEN!	40
PUNKT 5: SCHNELLE UND UNBÜROKRATISCHE ANERKENNUNG VON QUALIFIKATIONEN UND DIPLOMEN!	40
6. <u>GESUNDE FINANZEN FÜR UNSERE ZUKUNFT!</u>	41
<u>GEMEINSAM FÜR EIN STARKES UND ZUKUNFTSSICHERES OSTBELGIEN!</u>	44

DARUM CSP!

Es geht ums Wesentliche!

Liebe Ostbelgier,

Politisches Handeln lebt von Überzeugungen. Was also sind die Überzeugungen der CSP? Was treibt unser Engagement an? An erster Stelle steht die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Die Deutschsprachige Gemeinschaft stößt an ihre Grenzen. Schuld daran sind nicht nur externe Krisen: Vieles ist in den vergangenen Jahren zu spät, undurchdacht oder gar nicht angegangen worden. Probleme wurden nicht dauerhaft gelöst.

Es ist Zeit für einen Wechsel. Wir sagen: „Es geht ums Wesentliche!“



Was meinen wir damit konkret?

Das Wesentliche ist zum einen **eine hochwertige Gesundheits- und Pflegeversorgung**, die auf die Bedürfnisse der Patienten eingeht und in der sich das Personal genügend Zeit für jeden Patienten nehmen kann. Unser Pflegepersonal, unsere Senioren und auch die Patienten verdienen einen Wechsel, der echte Verbesserungen bringt!

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die **Aufwertung unseres regionalen und traditionsreichen Handwerks**. Nur durch mittelständische Unternehmen erreichen wir eine starke und wettbewerbsfähige Wirtschaft. Die Politik muss dabei auf Flexibilität setzen statt auf starre Bürokratienkorsette. Das Handwerk ist heute mehr denn je ein Plan A!

Zum Wesentlichen gehört auch **die bestmögliche Ausbildung unserer Kinder**. Laut der aktuellen PISA-Studie ist die Lesekompetenz in der Deutschsprachigen Gemeinschaft belgienweit am schlechtesten. Zum Wohle unserer Kinder brauchen wir dringend einen Wechsel! Statt Debatten über die Abschaffung von Noten und die Änderung des

Schuljahresrhythmus zu führen, müssen wir dafür Sorge tragen, dass unsere Kinder gefordert und auch gleichzeitig gefördert werden. Der Fokus muss auf die wesentlichen Kompetenzen gelegt werden: Lesen, Schreiben, Rechnen und Französisch.

Das Wesentliche ist auch **eine Raumordnungspolitik, die Freiräume lässt**, statt zu drangsalieren. Der Traum vom Eigenheim ist für viele Familien nicht nur eine finanzielle, sondern inzwischen auch eine administrative Herausforderung. Wir schulden unseren jungen Familien einen zukunftsfähigen Wechsel!

Schließlich gehört zum Wesentlichen auch eine **nachhaltige Integrationspolitik**, die auf Empathie und Respekt basiert und gleichzeitig klare und verbindliche Erwartungen an unsere neuen Mitbürger stellt. Jeder verdient einen Wechsel hin zu einer respektvollen und konsequenten Integrationspolitik!

Politik lebt von Überzeugungen. Die CSP will Ostbelgien mitgestalten und Verantwortung übernehmen. Auf allen politischen Ebenen geht es ums Wesentliche: vom Gemeinderat und der Gemeinschaft über die Region und das Föderalparlament bis hin zur Europäischen Union. Politik lebt auch vom Mut, Veränderung aktiv voranzubringen. Es geht ums Wesentliche und das bedeutet: das Wohl unserer Mitmenschen!

Lassen Sie uns Ostbelgien zusammen voranbringen! Ich möchte diese Herausforderungen ohne Ideologie und ohne Scheuklappen angehen. Es geht ums Wesentliche: um unser Zusammenleben und unsere Zukunft. Daran möchte ich im Namen der CSP arbeiten.

Auf den folgenden Seiten finden Sie unser Wahlprogramm für die anstehenden Wahlen zum Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Gesundheit, Handwerk, Bildung, Bauen und Integration – jeder dieser fünf Politikbereiche ist für die CSP wesentlich. Für jeden dieser Bereiche haben wir fünf konkrete Verbesserungsvorschläge erarbeitet, die wir in der kommenden Legislaturperiode umsetzen möchten. Fünf Politikbereiche, je fünf Forderungen. Das Resultat: unser 25-Punkte-Plan für Ostbelgien. Pragmatisch, lösungsorientiert, ohne Schnickschnack und Show. Die vorliegenden Punkte sind das Ergebnis zahlloser Treffen, Diskussionen und Debatten mit den vielen engagierten und motivierten Menschen Ostbelgiens: Vom Handwerker, über Kinderbetreuungs- und Pflegepersonal, bis zum Unternehmer, Lehrer und Landwirten.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Entdecken unserer Zukunftsvision für Ostbelgien und freue mich, wenn Sie uns bei der Umsetzung dieses Programms unterstützen, indem Sie der CSP am 9. Juni Ihr Vertrauen und Ihre Stimme schenken!



Ihr Jérôme Franssen

Spitzenkandidat

Liste 6 – CSP

PFLEGE UND GESUNDHEIT

1. Für mehr Pflegekräfte: Weil zu viel Last auf zu wenigen Schultern lastet!

Ostbelgien braucht...

- **eine Ausbildungsoffensive:** mehr Ausbildungs- und Studienplätze; Stärkung der Ausbildung und Qualifizierung, Abschaffung der Studien- und Schulgebühren; Abschaffung der Praktikumskosten; Vergütung der Praktika; aktive Begleitung der Studierenden durch Tutoren und Lehrkräfte; Minderung der Ausbildungsabbrüche; Angebot mehrsprachiger Ausbildungsmodule; konsequenter Einsatz digitaler Ausbildungsmodule; fortlaufende Modernisierung der Pflegepädagogik; Ausbildungs- bzw. Studienübergänge fördern.
- **modernes Personalmanagement:** Stammpersonal halten und Leiharbeit reduzieren; Wiedereinstieg in den Pflegeberuf aktiv fördern (Berufsrückkehrer); Unterstützung für Quereinsteiger in den Pflegeberuf schaffen; Arbeitsschutz und Sicherheit erhöhen – die Gesundheit beruflich Pflegenden durch Beratungsstellen und Unterstützungsangebote im Bereich Burnout schützen und Gewalt am Arbeitsplatz vorbeugen; Bedarfsgerechter Personalschlüssel und politisches Mitspracherecht des Pflegepersonals bei politischen Entscheidungen, Führungskompetenz fördern und kompetente Führung unterstützen; wertschätzende Fehler- und Lernkultur etablieren (Wertschätzung und Anerkennung); Minderung der Verwaltungsaufgaben für Pflegenden; verlässliche Arbeitszeiten durch verbindliche Dienstplangestaltung, um auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.
- **innovative Versorgungsansätze und Digitalisierung:** mehr Zeit für Pflegeleistung durch Abbau von Verwaltungsaufgaben bzw. Einsatz digitaler Management-Tools; elektronische Dokumentation als Standard; Patienten und Pflegebedürftige (sowie deren Angehörige) in die digitalen und technischen Servicemöglichkeiten der Pflege einweisen; Telemedizin und -pflege fördern (Videosprechstunden, Fallkonferenzen, ...), um Krankenhauseinweisungen vorzubeugen.
- **Pflegekräfte aus dem Ausland:** Kooperation mit anderen belg. Gliedstaaten und weiteren Ländern; gezielte Gewinnung von Fachkräften und verbesserte Öffentlichkeitsarbeit im

Ausland; Vereinfachung von Verwaltungsverfahren (Ausbildungsgrundlagen, Anerkennung, Visa, ...); Abbau von Hindernissen bei der Diplomanerkennung; Ausbildung in Drittstaaten; nachhaltige Integration und Willkommenskultur.

- **Vergütung der Pflegeleistung:** EU-Standards und Tarife abgleichen; Möglichkeiten außertariflicher Zuwendungen prüfen (betriebliche Versicherungen, Pflegeversicherung, Checks, Betriebskrippen, außerschulische Betreuung, ...); innerbelgischer Konkurrenzabbau; Lohnsteigerungen überdenken (evtl. mehr zu Beginn und weniger zum Ende der Karriere); mehr Urlaubstage bei gleicher Entlohnung.
- **verstärkte Förderung der häuslichen Pflege und Hilfe.**
- **Ein gerechtes Pflegegeld.**
- **zwei Krankenhäuser und die Behandlung und Pflege in deutscher Sprache.**
- **einen Ausbau unserer Altenheime und eine nachhaltige Demenzstrategie.**

Glücklicherweise gibt es Pflegekräfte – aber wie lange noch? Der Mangel an freien Altenheimplätzen, die Überlastung der Krankenhäuser und der allgemeine Fachkräftemangel im Pflegebereich beschäftigen die Träger, Krankenhäuser, Seniorenheime, Anbieter von Pflegedienstleistungen und die Politik seit Jahren. Dabei ist der Mangel an Pflegekräften kein neues Problem: Die heutigen Schwierigkeiten sind seit 2001 bekannt, als erstmals durch eine Studie wissenschaftlich belegt wurde, dass der Bedarf an Fachkräften im Pflegebereich in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bis zum Jahr 2020 und darüber hinaus aufgrund des demografischen Wandels deutlich ansteigen würde. Eine effektive Lösung zur Behebung dieses Problems, oder überhaupt eine Strategie zur Bekämpfung dieses Mangels hat die Deutschsprachige Gemeinschaft indes bis heute nicht!

Auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind die meisten Pflegekräfte Frauen, die Arbeit und Familie miteinander in Einklang bringen müssen. Eine große psychische und physische Belastung, die das Zuhören und Pflegen von kranken Menschen manchmal sehr schmerzhaft macht.

Dabei braucht eine solidarische, generationengerechte Gesellschaft ein erstklassiges Gesundheits- und Pflegesystem, das die Bedürfnisse des Menschen in den Mittelpunkt rückt. Die wachsende Zahl älterer Menschen führt zwangsläufig zu einem höheren Bedarf an Betreuung, Pflege und medizinischer Unterstützung im Vergleich zu heute. Das erfordert eine Anpassung und Erweiterung der Aufnahme- und Begleitstrukturen sowie einen steigenden Bedarf an Pflegekräften sowohl in Krankenhäusern und Altenheimen als auch in der häuslichen Pflege. Die CSP setzt sich dafür ein, den ostbelgischen Pflegesektor zu stärken und dem Pflegepersonal die Aufmerksamkeit und die Ressourcen zu geben, die es für seine ehrenhafte Arbeit verdient!

Die Probleme sind seit vielen Jahren bekannt: Unsere Krankenhäuser und Altenheime sind überlastet, der Fachkräftemangel spitzt sich zu. Die CSP fordert einen umfassenden Wechsel: Wir müssen die Verwaltungsaufgaben für Pflegekräfte reduzieren, ihnen verlässliche

Arbeitszeiten bieten und ihre Arbeit besser entlohnen. Darüber hinaus ist es wichtig, ein unterstützendes Umfeld zu schaffen, das ausländische Fachkräfte willkommen heißt.

Wir können nicht länger zusehen, wie der Pflegesektor leidet. Deshalb sagt die CSP der bestehenden Bürokratie und dem Personalmangel den Kampf an. Unser Ziel ist es, eine würdevolle Pflege für alle zu gewährleisten, neues Personal für unsere Einrichtungen zu gewinnen und unser bestehendes Personal für seinen wertvollen Dienst gerecht zu entlohnen!

Zur Gewährleistung einer sehr guten Gesundheitsversorgung in Ostbelgien gehören auch unsere beiden Krankenhäuser, die häusliche Pflege sowie unsere Wohn- und Pflegezentren. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass diese medizinische Grundversorgung auch in Zukunft abgesichert wird und den modernsten Standards entspricht. Dazu gehört auch ein erhöhter Fokus auf die Krankheitsprävention, bspw. durch gezielte Förderung gesunder Ernährung, mehr Schulsport, Gesundheits- und Aufklärungsangebote zu weitverbreiteten Volkskrankheiten, Präventionsarbeit im Bereich der mentalen Gesundheit, usw.

Wir fordern in fünf Punkten Verbesserungen im Gesundheitssektor – zum Wohle unserer Pflegekräfte, Senioren und Patienten. Wir glauben an eine Gesundheitsversorgung, die Respekt, Qualität und Effizienz vereint!



Punkt 1: Fachkräftemangel bekämpfen!

Für die CSP ist eine Aufwertung des Pflegeberufs absolut erforderlich! Nicht erst seit der Corona-Pandemie sind wir uns der enormen Bedeutung dieses wichtigen sozialen Dienstes bewusst. Bereits vor über fünf Jahren haben wir unsere Vision für eine hochwertige Pflege in Ostbelgien präsentiert. Die Zeit ist längst überreif, den Pflegeberuf aufzubessern! Die Wartelisten unserer Alten- und Pflegestrukturen stellen die Senioren und ihre Familien vor große Herausforderungen. Das müssen wir ändern!

Seit vielen Jahren leidet Ostbelgien an einem akuten Fachkräftemangel im Pflegebereich, der sich immer weiter verschärft. Dennoch wurden viel zu wenige Maßnahmen ergriffen, um diesem Mangel entgegenzuwirken. Das wollen wir ändern! Eine Gehaltserhöhung trägt sicherlich zur Steigerung der Attraktivität des Berufs bei, wird allerdings für sich allein genommen nicht ausreichen. Für die CSP braucht es einen ganzheitlichen Ansatz, der auch weitere Arbeitsbedingungen beachtet: Unser Pflegesektor braucht eine Rundum-Aufbesserung, vom Studium bis in den Berufsalltag!

Während der Studienzeit möchten wir die Verfügbarkeit von Ausbildungs- und Studienplätzen verbessern, beispielsweise indem die Praktikumskosten abgeschafft und Praktika stattdessen angemessen bezahlt werden. Außerdem ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir uns ausführlicher mit Studien- und Ausbildungsabbrüchen beschäftigen und uns um den Erhalt eines jeden Pflegestudenten bemühen, denn es kommt auf jeden einzelnen an!

Nach erfolgreichem Studienabschluss möchten wir uns für eine Verbesserung des Berufsalltags einsetzen. Hoher Leistungsdruck und geringe Bezahlung stellen eine echte Belastung für die Belegschaft dar. Das Problem ist dabei nicht nur, Pflegepersonal zu finden, sondern auch, es zu halten! Dazu braucht es die Förderung von Führungskompetenzen und die Unterstützung kompetenter Führungskräfte. Gleichzeitig plädieren wir für eine wertschätzende Fehler- und Lernkultur, um kontinuierliche Verbesserungen zu ermöglichen. Wir streben danach, die Verwaltungsaufgaben für Pflegekräfte zu reduzieren und ihnen verlässliche Arbeitszeiten zu ermöglichen. Wir setzen auf moderne Technologien und plädieren dafür, die elektronische Dokumentation als Standard einzuführen. Zudem wollen wir Telemedizin und -pflege fördern, um den Zugang zu medizinischer Versorgung und erstklassigen Pflegeleistungen zu erleichtern.

In Zusammenarbeit mit den anderen belgischen Gliedstaaten und benachbarten Regionen im Ausland möchten wir Ostbelgien zu einer Anziehungsregion für hochqualifiziertes Fachpersonal aus dem Ausland machen. Dazu ist es unbedingt erforderlich, Verwaltungsverfahren zu vereinfachen, die internationale Diplomanerkennung zu beschleunigen und ausländisches Fachpersonal nachhaltig in die Deutschsprachige Gemeinschaft zu integrieren, indem wir ein unterstützendes Umfeld schaffen, in dem erfolgreich gearbeitet und gelebt werden kann.

Punkt 2: Attraktivere Arbeitsbedingungen!

Pflegearbeit ist ein Akt der Nächstenliebe und ein großer gesellschaftlicher Mehrwert. Es ist längst überfällig, diese Wertschätzung in spürbaren und echten Aufwertungen der Arbeitsbedingungen zum Ausdruck zu bringen! Dazu gehört eine Anpassung der Lohnsteigerung: Zu Karrierebeginn sollen bedeutend höhere Anreize bestehen, die im Verlauf des Berufslebens moderat erhöht werden.

Wir fordern nachdrücklich eine Abgleichung der Gehälter mit den EU-Standards, insbesondere im Bereich der Tarife, um faire Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten. Gleichzeitig setzen wir uns entschieden für den innerbelgischen Konkurrenzabbau ein, um regionale Spannungen zu minimieren. Außerdem verlangen wir eine gründliche Untersuchung, zusätzliche Urlaubstage zu gewähren, um den Arbeitsalltag entscheidend zu verbessern und die Lebensqualität der Arbeitnehmer nachhaltig zu steigern.

Schließlich streben wir danach, die Verwaltungsaufgaben für Pflegekräfte zu reduzieren und ihnen verlässliche Arbeitszeiten zu ermöglichen. Deswegen müssen wir offen für alternative Arbeitszeitmodelle sein, wie beispielsweise „Buurtzorg“ in den Niederlanden. Zudem muss die Bezahlung der Pflegekräfte ihrer gesellschaftlichen Bedeutung und dem Wert ihrer Arbeit entsprechen. Sie müssen angemessen entlohnt werden!

Punkt 3: Stärkung der häuslichen Pflege und Anpassung des Pflegegeldes!

Die häusliche Pflege und Hilfe bilden eine der wesentlichen Säulen der Dienstleistungen für hilfsbedürftige Personen und insbesondere an Demenz erkrankte Senioren. Darüber hinaus werden Familien, aber auch chronisch und psychisch Kranke sowie Personen mit Beeinträchtigung betreut. Die Leistungen werden Personen gewährt, die sich aufgrund ihrer gesundheitlichen, sozial-familiären oder finanziellen Situation in einer Notlage befinden.

Das Ziel liegt darin, dem Patienten in seinem Zuhause die benötigte Hilfe zukommen zu lassen, damit dieser so lange wie möglich in seinem gewohnten Umfeld verbleiben kann.

Die CSP will Einrichtungen der häuslichen Hilfe fördern und aufwerten!

Die häusliche Pflege und Hilfe leidet wie die Krankenhäuser und Seniorenheime auch unter dem Fachkräftemangel. Auch hier wird erwartet, dass der Personalbedarf durch die anstehende Pensionierung geburtenstarker Jahrgänge langfristig nur schwierig zu decken ist. Das trifft allgemein auf die Krankenpflege zu, wobei hier vor allem die Nachtschichten schwer zu besetzen sind. Seit der Covid-Pandemie sind Fälle von seelischer und gesellschaftlicher Vereinsamung gestiegen. Außerdem steigen die Demenzfälle, da heute viele Menschen älter werden als in vergangenen Jahren und daher die Krankheit häufiger auftritt.

Klar ist auch, dass der Standort Ostbelgien als problematisch gewertet werden muss: Der Wettbewerb mit Deutschland und vor allem Luxemburg ist hart. Belgische Diplome werden

auch dort anerkannt, wo höhere Gehälter angeboten werden. Die CSP erkennt den Bedarf an qualifizierter Einwanderung, um die Probleme der kommenden Jahre zu stemmen. Wir befürworten ineinandergreifende Ausbildungssysteme, die bestehende Kenntnisse anerkennen und darauf basierend dann einen Pfad zur Professionalisierung enthalten. Die Anerkennung von Diplomen aus dem In- und Ausland sowie von Berufserfahrungen muss vereinfacht werden.

Gerade durch die häusliche Pflege bleibt das Umfeld vertraut. Die Sprache der zu betreuenden Familien und Senioren muss durch das Personal beherrscht werden, was als eine Voraussetzung für den Dienst gelten muss. Die CSP will die Zweisprachigkeit der Angestellten in der Pflege fördern.

Bürokratieabbau: Wenn Senioren oder andere Dienstleistungsnutzer die Leistungen der Familien- und Seniorenhilfe in Anspruch nehmen möchten, müssen sie sich vorab bei der „Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben“ beraten lassen. Diesen Verwaltungsaufwand möchte die CSP abbauen. Selbstbestimmtheit bedeutet, dass Interessenten selbst entscheiden, wo und in welchem Rahmen sie gepflegt werden möchten. Gleiches gilt für die Arbeit und die Angebote der Dienstleistungserbringer der häuslichen Hilfe: Eine zusätzliche Ebene zwischen Patient und Dienstleister-Ebene – etwa durch die „Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben“ - erschwert eine möglichst effektive und unbürokratische Hilfe. Es kommt zu Reibungsverlust, Zeitaufwand und zu lästiger Bürokratie. Dies ist eine je nach Fall höchst unbefriedigende Situation, vor allem für die Patienten. Das möchte die CSP ändern. Die CSP setzt sich für eine wesentlich stärkere Förderung der häuslichen Pflege und Hilfe ein, die der akuten Hilfe im medizinischen Bereich im Rahmen von Arztbesuchen, Krankenhausaufenthalten und dem Einzug in ein Senioren- oder Pflegeheim vorzuschalten ist. Es ist also von zentraler Bedeutung, präventiv zu arbeiten. Dabei möchten wir sowohl öffentliche Anbieter als auch selbstständige und private Anbieter im Bereich der häuslichen Pflege stärken. Außerdem möchten wir auch im Süden unserer Gemeinschaft das Angebot für Palliativpflege ausbauen.

Zu diesen vorgeschalteten Angeboten zählt auch das Konzept von Seniorendorfhäusern, welche mit Personal aus der Ortschaft unterhalten werden und so den Senioren eine Anlaufstelle in bekannter Umgebung (dem Ortskern) und mit bekannten Gesichtern (Pflege und Betreuungspersonal aus der Ortschaft, andere Senioren aus der Ortschaft) ermöglichen. Außerdem beflügeln solche Seniorendorfhäuser auch das Leben im Ort.

Wie bei den Wohn- und Pflegezentren für Senioren (WPZS) fordert die CSP auch für die häusliche Pflege und Hilfe eine finanzielle Planungssicherheit für die Leistungsanbieter. So ist durch die Deutschsprachige Gemeinschaft die Steigerung des Verbraucherindex unmittelbar an die Anbieter der häuslichen Pflege auszuzahlen: steigt der Index, erhöht sich der Zuschuss der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

Die Dienstleistung der Anbieter häuslicher Pflege und Hilfe wird durch die Deutschsprachige Gemeinschaft bezuschusst. Dabei wünscht sich die CSP eine finanzielle Hilfe, die der erbrachten Dienstleistung bzw. der Schwere des zu betreuenden Falles gerecht wird. Von einer pauschalen Bezuschussung ist deshalb abzusehen.

Das System des zuvor föderal geregelten Pflegegeldes (BUB) wurde durch die Deutschsprachige Gemeinschaft reformiert und trat im Januar 2023 in Kraft. Da es zu keiner Einkommensprüfung kommt, kann jeder Ostbelgier Pflegegeld in Anspruch nehmen. Dass deshalb jetzt über 120 Prozent mehr Senioren Pflegegeld beziehen als noch vor einem Jahr, werten wir als Erfolg. Allerdings: Das System hat Schwächen, die dringend zu beheben sind.

Die Nachteile liegen auf drei Ebenen:

Erstens benachteiligt das neue Pflegegeld viele Menschen – insbesondere sozial schwächere Senioren. Denn im alten System hätten Personen mit hohem Unterstützungsbedarf bei gleichzeitig geringem Einkommen bis zu 656,25 Euro monatlich erhalten. Seit 2023 ist die höchste Pflegegeldkategorie jedoch auf 447 Euro begrenzt, und der potenziell Begünstigte erhält somit künftig bis zu 209,25 Euro pro Monat weniger als noch im alten System. Auf Jahresbasis sind das über 2.500 Euro. Das ist kein Mehrwert für Ostbelgien.

Zweitens erhalten nun auch wohlhabende Senioren die Sozialvorteile der sog. erhöhten Kostenerstattung (EKE). Anders gesagt: Die Regelung der Deutschsprachigen Gemeinschaft beschert allen Beziehern des Pflegegeldes, ob bedürftig oder nicht, auch noch einen Sozialtarif für die Strom- und Gasrechnung. Das ist nicht unsere Vorstellung eines „Sozialtarifs“.

Drittens ist zu erwarten, dass die ostbelgischen Krankenkassen einen deutlichen Mehraufwand zu leisten haben: In der Deutschsprachigen Gemeinschaft gab es 2020 4.383 Personen über 65 mit einem EKE-Statut. Dies entspricht 31 % der Gesamtzahl der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft lebenden Personen über 65. 1.337 dieser Empfänger hätten das EKE-Statut automatisch auf Grundlage des zuvor föderal geregelten Pflegegeldes (BUB) erhalten. Würden diese Mitglieder künftig einer jährlichen Einkommenskontrolle unterworfen, so stelle dies für die Dienste der Krankenkassen einen Mehraufwand dar, der seitens der Deutschsprachigen Gemeinschaft in keiner Weise berücksichtigt worden ist.

Wenn die Deutschsprachige Gemeinschaft neue Zuständigkeiten, wie hier das Pflegegeld für Senioren, übernimmt, dann darf damit kein Nachteil für diejenigen verbunden sein, die auf Unterstützung angewiesen sind. Allen auf Kosten der Schwächsten etwas mehr geben ist nicht gerecht und das können wir nicht gutheißen. Deshalb sind Änderungen des Pflegegeldsystems nötig.

Punkt 4: Erhalt unserer zwei Krankenhausstandorte!

Unsere Krankenhäuser stellen unsere medizinische Grundversorgung dar. Wer in Ostbelgien krank ist, soll auch weiterhin in seiner Umgebung und in seiner Muttersprache behandelt werden. Hierfür brauchen wir gute, deutschsprachige Ärzte, weswegen wir uns gegen Zugangsbeschränkungen im Medizinstudium aussprechen.

Der Gesundheitssektor sieht sich zahlreichen Herausforderungen gegenübergestellt:

Die zunehmend älter werdende Bevölkerung und die Preissteigerung im Bereich der medizinischen Versorgung und Pflege werden die ohnehin bereits stark zunehmenden Ausgaben der öffentlichen Hand weiter ansteigen lassen.

Hinzu kommt, dass der Einsatz neuer Technologien und Behandlungsformen zwar notwendig ist, die Kostenübernahme durch die soziale Sicherheit aber nicht immer garantiert ist.

Aufgrund dieser Erkenntnis kündigte die belgische Föderalregierung bedeutende Reformen in der Gesundheitspolitik und damit auch im Krankenhauswesen an. Durch eine Krankenhausreform sollen die Häuser besser miteinander vernetzt, aber Dienstleistungen nicht in allen Häusern angeboten werden. Das Ziel besteht in einer Optimierung der Angebote in den Krankenhäusern, in der Reduzierung der Krankenhausbetten und in der Verkürzung der Aufenthaltsdauer.

Dass auch die Krankenhäuser in der Deutschsprachigen Gemeinschaft von dieser Entwicklung betroffen sind, belegen sowohl Studienergebnisse als auch Forderungen der Politik.

Im Gesundheitsnetzwerk „MOVE“ stellen die „Groupe Santé CHC“, das St.-Nikolaus-Krankenhaus in Eupen und die Klinik St. Josef in St. Vith ihre Kompetenzen und Einrichtungen in den Dienst der Patienten. Gemeinsam decken sie insgesamt ein Drittel aller Krankenhausaktivitäten in der Provinz Lüttich ab. Gegründet wurde diese Partnerschaft, um sich gegenseitig zu stärken.

Dennoch: Aktuelle Studien zufolge schreibt jedes dritte Krankenhaus rote Zahlen. Vor allem kleinere Krankenhäuser leiden unter den veränderten Finanzierungsmechanismen.

Vor diesem Hintergrund veröffentlichte das KCE Empfehlungen, die die Steigerung der Kosteneffizienz bei Geburten betreffen. Das Institut hat errechnet, dass eine Entbindungsstation mindestens 577 Geburten pro Jahr durchführen muss, um kostendeckend zu arbeiten. Die beiden Kliniken im deutschen Sprachgebiet haben im Jahr 2018 832 Geburten durchgeführt, wovon 436 auf das St. Nikolaus-Hospital entfielen. Beide Krankenhäuser könnten demnach einzeln die Norm nicht erfüllen. Das KCE führt allerdings als zweites Kriterium die Entfernung zur nächsten Entbindungsstation an. Sind mehr als 30 Minuten notwendig, dann empfiehlt das KCE die Aufrechterhaltung dieses Standorts. Die St. Vith Klinik St. Josef erfüllt dieses zweite Kriterium; das St. Nikolaus-Hospital erfüllt es gemäß KCE-Bericht jedoch nicht.

Der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurden im Zuge der sechsten Staatsreform weitreichende Zuständigkeiten im Gesundheitsbereich übertragen. Dies führt zwangsläufig zu einer größeren Verantwortung der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Entwicklung der beiden Standorte, obschon die wesentlichen Aspekte der Finanzierung der Krankenhäuser weiterhin föderal geregelt werden. Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat im Jahr 2016 die Infrastrukturfinanzierung der Krankenhäuser reformiert. Die CSP befürchtete, dass der Eigenanteil der Krankenhäuser für Infrastrukturprojekte zu hoch ist, was Vorbehalte der ostbelgischen Krankenhäuser bestätigen.

Die CSP fordert, dass das medizinische Angebot in den verschiedenen Fachbereichen der Krankenhäuser erweitert und daneben die Möglichkeit geschaffen wird, Patienten über die Fachärzte und Hausärzte dorthin zu überweisen, wo sie die beste Behandlung bekommen können – also auch ins Ausland.

Der seitens der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorangetriebene „**Masterplan Eifel**“ wird seitens der CSP begrüßt und unterstützt! Dieser Masterplan, der den Krankenhausstandort St. Vith und das angegliederte VIVIAS-Altenheim betrifft, muss einvernehmlich und eng mit allen Akteuren, also auch mit den Gemeinden, konzertiert werden. Der Plan bietet die Chance, im Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft neue gesundheitliche Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, die aktuell nicht bestehen (Palliativpflegedienst, eine Reha, eine Geriatrie, ...). Konkret sind folgende Einrichtungen zu nennen: Der Neubau eines "Seniorenzentrums" an der Malmedyer Straße in St. Vith und der Ausbau der Klinik St. Josef zu einem "Klinik- und Gesundheitszentrum".

Für die ostbelgischen Christlich Sozialen ist grundlegend, dass die Krankenhausstandorte in Eupen und St. Vith bestehen bleiben und das Gesundheitsangebot in deutscher Sprache und in Wohnortnähe aufrechterhalten wird. Gleichwohl sind wir uns bewusst, dass auch in Ostbelgien Reformen notwendig sind, um das Krankenhauswesen zukunftsfähig zu machen.

Die CSP fordert weiter:

- bei der Krankenhausprogrammierung durch den Föderalstaat dafür Sorge zu tragen, dass eine Entbindungsstation im Eupener St. Nikolaus-Hospital garantiert wird;
- dass in den beiden Krankenhausstandorten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft jederzeit eigenständig eine medizinische Grundversorgung gewährleistet wird;
- alle Einrichtungen des Netzwerks „MOVE“ in die Lage zu versetzen, der deutschsprachigen Bevölkerung nach Möglichkeit eine Behandlung in deutscher Sprache anzubieten, insofern diese Behandlung nicht schon in einem der beiden Krankenhäuser in der Deutschsprachigen Gemeinschaft angeboten wird;
- dass die Deutschsprachige Gemeinschaft sich in die Entscheidungsstrukturen der Krankenhäuser und sich auch finanziell einbringt;
- die Schaffung einer Betriebskrippe für Krankenhaus- und Betreuungspersonal.

Punkt 5: Ausbau unserer Altenheime und einer Demenzstrategie!

Demenz zählt zu den größten Herausforderungen der nahen Zukunft: Die Zahl der Menschen mit Demenz soll sich Schätzungen zufolge in den nächsten 30 Jahren verdoppeln. Das bedeutet, dass nicht nur mehr Menschen unmittelbare Hilfe brauchen, sondern auch mehr Familienangehörige direkt oder indirekt in den Verlauf der Krankheit einbezogen werden. Es geht also nicht nur um die Pflege, sondern auch um die Beratung und Entlastung des Umfeldes der Patienten. Wir wollen die professionelle Demenzpflege ausbauen und fördern. Das bedeutet, den einzelnen Stadien der Krankheitsentwicklung und den individuell notwendigen Bedürfnissen optimal, gezielt und vor allem würdevoll durch mehr Personal zu begegnen.

Deshalb will die CSP neben der verbesserten Pflegestruktur auch eine umfangreiche Sensibilisierung durchsetzen, die die Demenz aus der bestehenden Tabu-Zone herausholt.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft muss sich diesen Herausforderungen stellen, denn es gibt weder eine abgesicherte Statistik über die bisherige Entwicklung, noch eine resolute Planung, die unsere Gemeinschaft auf diese Herausforderung vorbereitet.

Zwar gibt es in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein sog. Strategiepapier, in dem Öffentlichkeitsarbeit, Diagnose, Unterstützung der pflegenden Angehörigen, Unterstützung der Demenzpatienten und Weiterbildungen thematisiert werden. Eine tragfähige Unterbringungsstruktur oder die Bereitstellung von ausreichend professionellem Pflegepersonal fehlt hingegen.

Die CSP fordert:

- eine umgehende Neubestimmung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs im Rahmen eines eigenen Demenz-Dekrets;
- eine Pflegeversicherung, die den Patienten und Angehörigen direkte und unkomplizierte Hilfe zusichert;
- jedes Wohn- und Pflegezentrum muss eigene bedarfsgerechte Demenzstrukturen einrichten können, wofür ihnen durch die Deutschsprachige Gemeinschaft finanzielle Mittel bereitgestellt werden;
- ein Sofortprogramm für eine bessere Personalausstattung und bessere Arbeitsbedingungen in der Kranken- und Altenpflege;
- die Einrichtung von Infrastrukturen, die modernen Anforderungen der Pflege, Betreuung und einem menschenwürdigen Lebensumfeld gerecht werden, wie beispielsweise eines Demenzdorfs.

HANDWERK UND WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG

2. Handwerk als Plan A: Junge Menschen für die Lehre begeistern!

Die CSP...

- fordert, dass wer arbeitet auch mehr haben muss! Bereits in der Lehre möchten wir die Lehrlingsentschädigung spürbar und gestaffelt erhöhen.
- sagt „Nein“ zu der Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich. In Zeiten wirtschaftlicher Anspannung und allgegenwärtigem Fachkräftemangel können unsere Unternehmen unmöglich weniger arbeiten aber das Gleiche bezahlen.
- steht für eine klare Zukunftsstrategie „Handwerk“.
- steht für einen Imagewechsel des Handwerks: Wir wollen die Lehre wieder zu einem Plan A machen!
- will ostbelgische Betriebe erhalten, indem wir die Wettbewerbsfähigkeit und die Standortattraktivität unserer Region stärken.

Wer im Handwerk arbeitet, hat eine sehr gute Perspektive. Ostbelgien ist ein Standort, in dem das Handwerk immer sehr stark war und immer noch ist.

Unsere Betriebe haben im In- und Ausland wegen ihrer hervorragenden Arbeit und einem beispiellosen Kundenservice einen exzellenten Ruf. Halbe Sachen macht man hier nicht! Das Handwerk ist ein Wirtschaftsmotor, der zurzeit etwas zu stottern beginnt, nicht weil es an Arbeit, sondern weil es an Fachkräften fehlt. Dem müssen wir energisch entgegenwirken!

Es blieben über 246 der insgesamt 362 von den Betrieben gemeldeten Ausbildungsplätze unbesetzt (so das ZAWM 2022), sodass sich für die künftige Anwerbung von Fachkräften schwierige Zeiten ankündigen. Die Tendenz der unbesetzten Stellen ist somit immer noch gefährlich hoch. Daher wollen wir das Handwerk und die mittelständische Ausbildung wieder attraktiver machen und mehr junge Menschen für eine Lehre begeistern! Leider sind Wohlstand und Aufschwung heutzutage nicht mehr selbstverständlich. Deshalb braucht unsere Wirtschaft frischen Wind! Der Mittelstand ist das Rückgrat unseres Wohlstands, aber starre Bürokratiekorsette engen ein. Unser Ziel ist eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, die den Mittelstand stärkt und die Zukunft der Region absichert. Darum lehnen wir die sozialistische

Forderung nach einer Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich klar ab. Stattdessen plädieren wir für eine Jobgarantie innerhalb der ersten zwei Jahre der Arbeitslosigkeit und eine Begrenzung des Arbeitslosengeldes auf zwei Jahre. Arbeit muss sich wieder lohnen – vor allem im Portemonnaie!

Der Fachkräftemangel und die Herausforderungen im Handwerk sind schon lange ein offenkundiges Problem – trotzdem herrscht Stillstand und Planlosigkeit. Es ist Zeit für Veränderung. Die CSP hat frische Ideen und eine Menge Motivation, wie die folgenden fünf Punkte für das Handwerk zeigen werden.



Punkt 1: Wer arbeitet, muss mehr haben!

Wir stehen für eine Arbeitskultur, die Leistung honoriert, ohne ihr alles unterzuordnen. Wir sagen klar „Nein“ zu der Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich. Stattdessen steht die CSP für eine Begrenzung der Arbeitslosenunterstützung auf zwei Jahre: Wer arbeitet, muss mehr haben! Dazu gehört in logischer Konsequenz auch ein größerer Unterschied zwischen Sozialhilfeleistungen und gesetzlichem Mindestlohn. In Zeiten wirtschaftlicher Anspannung und allgegenwärtigem Fachkräftemangel können unsere Unternehmen unmöglich weniger arbeiten aber das Gleiche bezahlen. So lässt sich keine Wettbewerbsfähigkeit erhalten! Arbeit ist nichts Negatives, das reduziert werden muss, sondern positiv und bereichernd für das eigene Leben und die gesamte Wirtschaft ist. Daher setzen wir uns dafür ein, Fleiß und Unternehmertum zu belohnen und jedem den sozialen Aufstieg zu ermöglichen, der dafür

arbeitet. Dies ist auch die Voraussetzung dafür, dass unser Sozialsystem jene unterstützen kann, die nicht oder nicht mehr im klassischen Sinne arbeitsfähig sind.

Arbeit muss daher auch steuerrechtlich attraktiver werden. Deshalb schlagen wir zusammen mit unserer frankophonen Schwesterpartei „Les Engagés“ eine Steuerreform vor, die nicht nur die Lohnkosten senkt, sondern auch die Nettolöhne der Arbeitnehmer deutlich erhöht und damit die Arbeit aufwertet. Um all diejenigen zu ermutigen, die arbeiten und sich an den kollektiven Anstrengungen beteiligen. Mit einem echten Paradigmenwechsel wollen wir gemeinsam dafür sorgen, dass Arbeitnehmer im Durchschnitt fast 500 € netto mehr pro Monat verdienen.

In Zeiten des akuten Fachkräftemangels und zahlreicher unbesetzter Stellen muss jeder Arbeitslose als verpasste Chance für den Arbeitsmarkt angesehen werden. Die CSP spricht sich daher auch zusammen mit ihrer Schwesterpartei „Les Engagés“ für ein zeitlich begrenztes Recht auf Arbeitslosenunterstützung aus. Gleichzeitig wollen wir die Anstrengungen in der Arbeitsvermittlung intensivieren. Vor diesem Hintergrund fordern wir auch einen Ausbau und eine Erweiterung der Betätigungen im Rahmen eines Flexi-Jobs.

Auch in der Lehre und der mittelständischen Ausbildung braucht Ostbelgien Reformen!

Da die finanzielle Attraktivität einer beruflichen Perspektive auch immer eine Rolle bei der Berufswahl spielt, muss in Zusammenarbeit mit den Unternehmen, Selbstständigen und deren Verbände an einer finanzielle Aufwertung der Lehre gearbeitet werden. Dabei ist vor allem zu berücksichtigen, dass ein Jugendlicher im ersten Lehrjahr für die Betriebsleiter oder deren Beschäftigte mit viel Arbeitsaufwand verbunden ist. Eine stärkere Erhöhung der Entschädigung im dritten Lehrjahr ist daher logisch. So wollen wir die Entschädigungen im ersten Lehrjahr um 50,00 Euro, im zweiten Lehrjahr um 75,00 Euro und im dritten Lehrjahr um 100,00 Euro erhöhen. Die zeitlich gestaffelte finanzielle Erhöhung wird dazu beitragen, dass es sich für den Auszubildenden auch finanziell lohnt, seine Ausbildung fortzuführen und erfolgreich zu beenden.

Auch beim Darlehenssystem für Mangelberufe „DuO“ sehen wir Potenzial für Verbesserungen. Wir wollen eine Ausweitung des DuO-Systems. Es soll nicht nur denjenigen zugutekommen, die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen Mangelberuf erlernen, sondern auch jenen, die ihr Studium außerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft absolvieren. Als Beispiel kann dafür die Ausbildung im Pflegesektor oder die Lehrerausbildung genommen werden. Diese Ausbildungen werden oftmals noch im französischsprachigen Landesteil absolviert, eben um die Zweitsprache perfekt zu können. Diese Studenten müssen so schnell wie möglich in den Genuss dieser DuO-Unterstützung kommen, um zusätzlich Anreize zu schaffen, neben dem Fachstudium in einem Mangelberuf auch die französische Sprache zu erlernen.

Die DuO-Unterstützung kann auch als interessantes Instrument angesehen werden, in die duale Ausbildung und daher ins Handwerk einzusteigen und Auszubildende dazu zu

verpflichten, danach in Ostbelgien zu arbeiten. Eine jährliche Analyse der Auswirkungen dieser Förderung ist dabei unerlässlich, um zu vermeiden, dass Berufsbilder gefördert werden, in denen kein Mangel an Fachkräften besteht.

Punkt 2: Strategie „Handwerk“!

Es muss endlich eine „Strategie Handwerk“ für Ostbelgien entwickelt werden, die alle Kräfte einbindet und das Handwerk und die verarbeitende Industrie als zentrales Politikfeld definiert. Eine solche Strategie würde unseren regionalen Mittelstand massiv stärken, sowohl im Handwerk als auch in der dienstleistenden Branche, der Industrie und dem fertigen Gewerbe! Die CSP steht für eine solche ostbelgische „Strategie Handwerk“, in die neben den institutionellen Trägern auch und vor allem die Handwerksbetriebe selbst, die Schulen, die Jugendlichen sowie die Eltern einbezogen werden müssen.

Ein Schlüsselakteur in dieser Hinsicht ist die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Ostbelgien VoG (WFG). Die WFG ist die zentrale Anlaufstelle für Anliegen und Fragen rund um das Thema Wirtschafts- und Regionalförderung in Ostbelgien. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, eine nachhaltige Entwicklung zu gestalten, die wirtschaftlich stark, sozial gerecht und ökologisch tragfähig ist.

Eine solche Transformation ist nur realisierbar, wenn die WFG sich zu einer zentralen Anlaufstelle für Unternehmerinnen und Unternehmer entwickelt. Erfolg stellt sich ein, wenn die WFG deutlich über die projektbezogene Arbeit hinausgehen kann und nicht gezwungen ist, ihr Budget „zusammen zu projektieren“. Es geht um unseren Wirtschaftsstandort, nicht um Projekte. Die WFG muss eine strategisch wichtige Rolle in der Wirtschaftsförderung Ostbelgiens einnehmen und aktiver Partner in der „Strategie Handwerk“ werden. Gute Ideen der Wirtschaftsförderung für regionale Gebiete wie Ostbelgien zu sammeln, auszuwerten und angepasst anzuwenden, muss durch die WFG verstärkt und völlig unabhängig von Projekten erfolgen.

Punkt 3: Mit „Ostbelgiens Trümpfen“ stechen!

Standortfaktoren sind mehr als nur Steuersätze. Dazu zählen eine sichere Altersvorsorge, flächendeckende Kinderbetreuung und beste Gesundheitsversorgung. Nur so heben wir uns von der Konkurrenz in unseren Nachbarländern ab. Unsere Grenzregion ist eine Chance und kein Nachteil. Doch um dies auch in Zukunft weiter zu gewährleisten, müssen die bürokratischen Hürden für Grenzgänger und Bauaufträge im benachbarten Ausland gesenkt werden.

Auch in der Ausbildung müssen bürokratische Hürden abgebaut werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass theoretischer und praktischer Unterricht häufig an zwei verschiedenen

Wochentagen stattfindet, wodurch der Auszubildene gleich zwei Mal in der Woche zur Schule pendeln muss, was den ausbildenden Betrieb vor vermeidbare logistischen Hürden stellt. Insbesondere bei langen Distanzen innerhalb der Deutschsprachigen Gemeinschaft bringt dieses Pendeln Unannehmlichkeiten mit sich. Besser wäre es, wenn der theoretische Unterricht verlässlich immer am gleichen Wochentag den gesamten Tag stattfinden würde. Kleine Veränderungen wie diese sind essenziell, um das Handwerk attraktiver zu gestalten.

Unsere Betriebe können sich von Unternehmen im Ausland nicht durch das Gehalt abheben, sondern durch andere Faktoren. Ostbelgien kann damit auftrumpfen, dass es hier kurze Wege gibt, mit einem guten Schul- und Weiterbildungssystem und guten Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. Diese „weichen Faktoren“ gilt es zu optimieren und damit zu werben. Wir wollen, dass auch Zeit für Familie und Freizeit bleibt, wenn durch den Fachkräftemangel eher zusätzliche Überstunden entstehen.

Inmitten Europas, in einem mehrsprachigen Land, schöpfen wir Vorteile aus unserer Vielsprachigkeit. Diese ermöglicht es uns, in zahlreichen Bereichen einen Wettbewerbsvorteil zu erlangen. Eine wachsende Zahl junger Menschen in Ostbelgien erlernt die französische Sprache nicht mehr adäquat. Dies stellt ein Problem für unseren Mittelstand dar, der mehrsprachiges Personal benötigt, sowie für junge Menschen, die in unserer Region unternehmerisch tätig werden möchten. Bei den Lehrlingen der mittelständischen Ausbildung (Sprachniveau B1) ist die Erfolgsquote deutlich gesunken.

Wir setzen uns daher für eine Kooperation mit Bildungseinrichtungen in der Wallonie ein. So können Lehrlinge einen Wissensaustausch erleben und gemeinsame Projekte in ihrem Bereich umsetzen. Das hat den wichtigen Nebeneffekt, dass die Auszubildenden aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft ihre Fähigkeiten in der französischen Sprache verbessern können.

Punkt 4: Ein Imagewechsel fürs Handwerk!

Eltern, Schulen und Lehrer müssen die vielseitigen Karrierewege einer mittelständischen Ausbildung wieder wertschätzen. Wir dürfen das Handwerk nicht schlechtreden, sondern müssen es als den sicheren Berufsweg mit viel Karrierepotenzial erkennen. Der Schüler muss auch wieder mit dem Handwerk in Berührung kommen. Dazu ist es elementar, dass das Handwerk in seinen vielen Formen bereits Teil der Lehrpläne in der Grundschule ist. Je früher, desto besser!

Kinder müssen in ihrem Schulalltag verstärkt mit handwerklichen Berufsbildern in Berührung kommen. Es bedarf einer echten Kooperation zwischen Schule und Handwerk. Die Schule sollte das Handwerk auch nicht als Konkurrenz durch eventuell dadurch verminderte Schülerzahlen (und damit Stundenkapital) sehen. Es muss an einer Win-Win-Strategie

gearbeitet werden, da nicht nur dem Handwerk Fachkräfte, sondern den Schulen auch Lehrkräfte fehlen.

Die Förderung von technischen Kompetenzen ist bereits in der Grundschule wichtig. Bereits sehr früh, denn der aktuelle Jugendbericht zeigt, dass sich 86 Prozent der Abiturienten schon für ihren Weg nach dem Abitur entschieden haben. Man muss die Kinder also früh abholen.

Deshalb sollten mittelständische Unternehmen und auch kleine Handwerksbetriebe mindestens einmal pro Schuljahr die Gelegenheit erhalten, Schulen zu besuchen und den Schülern ihren Betrieb sowie ihre Tätigkeiten vorzustellen. Die Betriebe müssen im Leben der Jugendlichen stattfinden. Dies muss kohärent und zentral durch das IAWM mit den Schulen geplant werden. Es darf kein Jahr verstreichen und keine Schule geben, in der das Handwerk nicht vorgestellt wurde. Bereits in jungen Jahren sollten Schülerinnen und Schüler die Gelegenheit bekommen, ihre Talente zu entdecken – und zwar auch im handwerklichen Sektor. Besuche von Betrieben in der Nachbarschaft der Schule oder von Handwerksbörsen sind dabei ein wichtiger Teil der Strategie, um Berührungspunkte zu schaffen. Als Beispiel kann dabei die Messe *WorldSkills Belgium* in Ciney erwähnt werden. Ein Besuch dieser Messe ist ein Muss für die ostbelgischen Schulen, weil wahrscheinlich auf keiner anderen Messe auf so engem Raum so viele verschiedene Berufsperspektiven gleichzeitig präsentiert werden. Im Jahr 2023 forderte das Jugendparlament, dass Imagekampagnen für Ausbildungen durchgeführt werden sollten, um deren Ansehen zu erhöhen und Aufmerksamkeit zu schaffen.

Aus zahlreichen persönlichen Gesprächen geht hervor, dass viele Betriebe von Leidenschaft für ihren Beruf angetrieben werden, jedoch oft mit bürokratischen Herausforderungen konfrontiert sind. Außerdem mangelt es oft an Zeit, um die erforderlichen bürokratischen Prozesse zur Beantragung von Unterstützungsmaßnahmen zu durchdringen. Es fehlen Verbindungspunkte zwischen den Unternehmern und den angebotenen Maßnahmen. Daher betrachten wir die Schaffung einer zentralen, stets aktuellen Webseite und Anlaufstelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für notwendig, die alle verfügbaren Unterstützungsmaßnahmen für Betriebe umfassend darstellt. Diese Seite sollte detaillierte Informationen zu Formularen, Ansprechpartnern, Organisationen, Projekten und Bedingungen bereitstellen.

Das ZAWM verfügt im Vergleich zu anderen Ausbildungsstätten über einen Wettbewerbsvorteil. Dieser ergibt sich daraus, dass im ZAWM Lehrkräfte tätig sind, die gleichzeitig in Betrieben arbeiten. Dadurch sind sie in der Lage, den Auszubildenden stets die neuesten Entwicklungen in ihren jeweiligen Fachbereichen zu vermitteln. Die Betriebe in Ostbelgien legen großen Wert auf hohe Ausbildungsstandards.

Sollte das ZAWM dem Bildungswesen integriert werden, würde es den entscheidenden Vorteil der externen Ausbilder verlieren. Nur auf diese Weise kann ein hohes Ausbildungsniveau

gewährleistet und die Aktualität der Lehrinhalte sichergestellt werden. Dieses hohe Niveau muss unbedingt beibehalten werden, wie auch von der AVED betont wird.

Punkt 5: An der Seite unserer Landwirte stehen!

Landwirtschaft ist systemrelevant: Wir müssen uns selbst ernähren können!

Die Landwirtschaft bietet in Europa fast 10 Millionen Menschen einen Arbeitsplatz – das entspricht fast der belgischen Bevölkerung! Unsere Landwirte arbeiten unermüdlich, um uns zu ernähren. Unsere Familienbetriebe stellen hier bei uns Lebensmittel her, die die sichersten und besten der Welt sind. In dieser Rolle sind sie systemrelevant und verdienen unsere Unterstützung.

Bis zum Jahr 2040 könnte die EU jedoch weitere 6,4 Millionen landwirtschaftliche Betriebe verlieren, was einem Rückgang von über 60 % im Vergleich zu 2016 entspricht! Wir wollen, dass die Landwirte in Europa eine Zukunft haben und setzen auf Dialog statt auf Vorgaben von oben herab. Nur so können wir unsere einzigartigen Kulturlandschaften und unsere Lebensmittelversorgung langfristig sichern.

Es ist wichtig, der Landwirtschaft, die sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert hat, auch für die nächsten Jahrzehnte eine langfristige Perspektive zu geben. Landwirte produzieren in erster Linie unsere Nahrungsmittel, dies auf eine immer nachhaltigere Art und Weise. Europäische Nahrungsmittel sind die sichersten und besten der Welt. Dass der europäische Kontinent sich selbst auch noch in 20 Jahren ernähren kann, ist von fundamentaler Bedeutung. Landwirtschaft ist daher systemrelevant. Der russische Angriffskrieg hat gezeigt, dass Landwirtschaft von geopolitischer Bedeutung ist. Es ist somit wichtig, den Landwirten eine echte mittel- und langfristige Perspektive zu bieten, das heißt einen Gesetzesrahmen, der nicht jedes Jahr abgeändert wird und der ihnen ein faires Einkommen ermöglicht.

Langfristige Perspektive: Planungssicherheit, weniger Papier, Förderung familiärer Höfe

Um insbesondere die familiären landwirtschaftlichen Unternehmen wie in Ostbelgien besser zu unterstützen, brauchen wir eine gestaffelte Unterstützung mit höheren europäischen Beihilfen für die kleinsten und mittleren Familienbetriebe sowie abnehmende Beihilfen bei zunehmender Betriebsgröße. Diese würde auch dazu beitragen, die oft spekulative Aneignung von Agrarland zu bekämpfen. Wir stehen für eine langfristige Perspektive, faire Preise und weniger Bürokratie. Wir stehen fest an der Seite unserer Landwirte, darauf können Sie zählen!

Ebenfalls wichtig ist für die Landwirte ein Abbau überbordender Bürokratie. Wir brauchen eine europäische Agrarpolitik, die auf den Grundsätzen der Verwaltungsvereinfachung, des Vertrauens und des Respekts für die Arbeit der Landwirte und ihres Know-hows beruht. Wenn

wir die Landwirte unter tausend neuen Auflagen ersticken, wird die Folge sein, dass wir verstärkt aus Drittländern importieren, wo unter viel weniger strengen Auflagen produziert wird. Unsere Ernährung muss auch darum in den Händen unserer europäischen Landwirte bleiben. Es bedarf also einer Bürokratie-Diät für landwirtschaftliche Betriebe.

Klimaschutz, Biodiversität und nachhaltige Landschaftspflege können nur mit und nicht gegen die Landwirte erreicht werden. Der Schutz der biologischen Vielfalt und wertvoller Ressourcen wie Wasser, Luft und Wald ist unsere Versicherung für die Zukunft. Wir sind der Meinung, dass angemessene und zusätzliche Finanzmittel notwendig sind, um die Umweltbemühungen unserer Landwirte noch besser zu unterstützen, ihnen Anreize für eine nachhaltigere Wirtschaftsweise zu geben und ihnen zu helfen, die Folgen des Klimawandels zu bewältigen. Strengere Regeln zur Reduzierung von Pflanzenschutzmitteln oder die nationale Umsetzung zum Naturherstellungsgesetz müssen immer im Dialog mit den Landwirten ausgehandelt werden.

Ebenfalls ist es wichtig, dass die Landwirtschaft aus künftigen Freihandelsabkommen ausgenommen wird, damit dieser strategische Sektor gegenüber Sektoren von außerhalb der EU, die keine strengen Auflagen einhalten müssen, geschützt wird. Alternativ dazu muss ein Ziel die Einführung so genannter „Spiegelklauseln“ in Handelsabkommen sein: Es darf keine Handelsvorteile für Produkte geben, die nicht dieselben Standards erfüllen, wie sie für europäische Produkte gelten.

Herabstufung des Schutzstatuts des Wolfs

Großraubtiere wie der Wolf stellen eine zunehmende Bedrohung für unsere Landwirte und Viehzüchter dar. Sie gefährden die traditionelle Weidewirtschaft in ganz Europa. Wir setzen uns daher dafür ein, den höchsten Schutzstatus des Wolfes in der Habitat-Richtlinie und in der Berner Konvention abzustufen, um eine aktives Wolfsmanagement möglich zu machen.

Land als rares Gut

In ihrem Forderungskatalog schreibt der Grüne Kreis/Bauernbund Ostbelgien: „Seit 2002 werden in Ostbelgien pro Jahr 64 Hektar bebaut. Das ist jedes Jahr mehr als die Hälfte des Stausees der Wesertalsperre. Das bedeutet, dass alle zwei Jahr so viel Land bebaut wird, wie drei landwirtschaftliche Betriebe benötigen.“

Wir setzen uns dafür ein, dass durch entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen landwirtschaftliche Flächen, die nicht mehr benutzt werden, nicht Teil von Immobilienspekulationen werden dürfen. Dementsprechend unterstützen wir das Vorhaben, ein Vorkaufsrecht für Gemeinden auf Ebene der Wallonischen Region einzurichten, wie dies kürzlich durch die Schwesterpartei „Les Engagés“ vorgeschlagen wurde: Sobald

landwirtschaftliche Fläche verkauft werden soll, hat die Gemeinde ein Vorkaufsrecht, um dieses Land unter Bedingungen wieder an Landwirte zu veräußern.

Fotovoltaik soll auf landwirtschaftlicher Fläche nur dann erlaubt werden, wenn eine gleichzeitige landwirtschaftliche Tätigkeit auf diesen Flächen möglich ist, die in der Gegend auch bereits fest verankert ist. Wir unterstützen auch die Forderung des Grünen Kreises, dass schnellere Genehmigungsverfahren für Fotovoltaikanlagen über 10 KW auf Dächern erfolgen.

Planungen für Stallbauten oder -renovierungen werden oft aus rein optischen Gründen nicht genehmigt. Wir unterstützen die Forderung des Grünen Kreises, dass das Aussehen die Funktionalität nicht beeinträchtigen darf.

Faire Preise für den Hersteller

Zusammen mit unserer Schwesterpartei „Les Engagés“ fordern wir auf europäischer Ebene fairere Preise für die Hersteller. Als Vorlage könnte ein ähnliches Modell wie das französische Gesetz „EGalim“ (« États Généraux de l'Alimentation - Loi pour l'Équilibre des Relations Commerciales dans le Secteur Agricole et Alimentaire et une Alimentation Saine, Durable et Accessible à Tous ») gelten, das die Aufteilung der Preise und Margen gerechter gestalten soll. Les Engagés haben auf belgischer Ebene einen solchen Gesetzesvorschlag eingereicht.

Das Gesetz zielt darauf ab, das Ungleichgewicht in den Handelsbeziehungen zwischen Landwirten und Lebensmittelverarbeitern sowie Einzelhändlern zu korrigieren. Es enthält Bestimmungen zur Stärkung der Verhandlungsposition der Landwirte gegenüber großen Einzelhändlern und Lebensmittelverarbeitern, zur Begrenzung von Preismissbräuchen und zur Förderung fairer Handelspraktiken. Es zielt darauf ab, die Einkommenssituation der Landwirte zu verbessern und die Lebensmittelsicherheit zu erhöhen. Das schafft das Gesetz unter anderem durch Mindestpreisverhandlungen zwischen Landwirten und Lebensmittelverarbeitern, die Begrenzung von Sonderangeboten, um den Preis stabil zu halten, und die Förderung von Qualitätsprodukten sowie die Stärkung der Rolle von Erzeugerorganisationen.

EGalim sollte als Idee verstanden werden, wie die Gewinne in den verschiedenen Herstellungs- und Vermarktungsstufen fairer zugunsten des Herstellers verteilt werden müssen.

BILDUNG UND KINDERBETREUUNG

3. Fördern und Fordern: Starke Kinder, starke Zukunft

Die CSP...

- steht für eine Bildungspolitik, die Leistung einfordert und belohnt;
- wird in den Primarschulen die grundlegenden Kompetenzen (Lesen, Schreiben, Rechnen, Französisch) wieder in den Mittelpunkt rücken;
- fordert eine Sekundarschullaufbahn, die unsere Jugendlichen auf das Leben nach der Schule vorbereitet; von der Digitalisierung bis zur politischen und beruflichen Bildung;
- fordert handyfreie Schulen, um Mobbing und Missbrauch vorzubeugen und gleichzeitig das soziale Miteinander zu fördern,
- fordert im Einklang mit dem OECD-Expertenbericht eine Vision für den Lehrerberuf und eine Harmonisierung des Dienstrechts im Unterrichtswesen;
- steht für eine Kinderbetreuungspolitik, die den Bedürfnissen der Familien, des Betreuungspersonals, vor allem aber der Kinder gerecht wird!

Die aktuelle PISA-Studie offenbart, dass die Lesekompetenz nirgendwo in Belgien schlechter ist als in der Deutschsprachigen Gemeinschaft! Laut der aktuellen VerA-8-Studie befindet sich einer von fünf Schülern des zweiten Sekundarschuljahres in der niedrigsten Kompetenzstufe im Zuhören – und sogar jeder vierte in der untersten Stufe im Sprachgebrauch. Beim DELF-Test der mittelständischen Ausbildung verfehlte 2023 beinahe die Hälfte (46 %) der Auszubildenden das Französischniveau B1 – im Hörverständnis sind es sogar über 62 %, die den Test nicht bestehen. Derartige systemische Schief lagen entstehen nicht aus Versehen oder nebenbei: Sie sind unter anderem auch das Resultat einer fehlgeleiteten Bildungspolitik. Diese Studienbefunde lassen sich nicht kurzfristig lösen und umso dringender und entschlossener müssen wir handeln und endlich eine umfassende Bildungsreform starten!

2022 stellte die OECD dem ostbelgischen Bildungswesen in ihrem Expertenbericht ein ernüchterndes Zeugnis aus: Unsere Region bleibt hinter ihren Möglichkeiten zurück. Trotz vieler Investitionen der Deutschsprachigen Gemeinschaft sinkt der Anteil Schüler mit herausragenden Leistungen sogar. Ein unabhängiger Anschlussbericht einer Schweizer Pädagogikhochschule bestätigte die tristen Befunde der OECD. Die Problemursachen wurzeln

in mangelnder Richtungsweisung durch die politischen Entscheidungsträger. So bemängeln die Experten, dass ministerielle Entscheidungen ohne langfristige Vision getroffen werden. Unklare Kompetenzverteilungen zwischen dem Ministerium und den Schulen sowie der Bildungsministerin schaffen eine Orientierungslosigkeit, die sich negativ auf das gesamte Bildungssystem auswirkt. So wird Verantwortlichkeit verschleiert. Die Expertenberichte fordern umfassende und tiefgreifende Reformen: Punktuelle Einzelmaßnahmen können den Problemen nicht mehr beikommen, im Gegenteil: Sie erhalten als Flickwerk einen unhaltbaren Status Quo. Unserem regionalen Bildungswesen mangelt es nach zwanzig Jahren ProDG-Führung an einer wichtigen Richtschnur! Für die CSP ist klar, dass eine gute Ausbildung das Unterpfand einer soliden, wettbewerbsfähigen und zukunftsorientierten Gesellschaft darstellt. Für das Wohl unserer Kinder und ihre bestmögliche Bildung braucht es langfristiges politisches Engagement statt bloßen Ankündigungen!

Wenn unabhängige Expertenberichte unisono zu dem Befund gelangen, dass unsere Region ihr Bildungspotenzial nicht ausschöpft, dann offenbart dies eine fehlgeleitete Prioritätensetzung der Politik. Es ist Zeit einen Wechsel herbeizuführen, unser Bildungswesen zu modernisieren und die Bedürfnisse unserer Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt zu stellen!

Schon in der Kinderbetreuung müssen wir die natürliche Neugierde fördern und Begeisterung für das Lernen wecken. In der Primarschule gilt es, die wesentlichen Kompetenzen zu perfektionieren: Lesen, Schreiben, Rechnen und Französisch. Exzellenz kann nur erreichen, wer die Grundlagen beherrscht. In der Sekundarschule wird der Fokus auf das 4K-Modell gelegt: Kommunikation, Kooperation, Kreativität und kritisches Denken. Diese Kompetenzen sind entscheidend, um Schüler auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vorzubereiten. Gleichzeitig fordert die CSP einen ethischen Umgang mit neuen Technologien: Die Digitalisierung und die Künstliche Intelligenz müssen wir als Chance begreifen und nutzen, statt sie zu verteufeln oder zu missbrauchen.

Leistung muss belohnt werden. Hausaufgaben, Tests und Prüfungen sind nicht nur Werkzeuge der Wissensvermittlung, sondern auch Möglichkeiten, Disziplin, Widerstandsfähigkeit und Eigenverantwortung zu fördern. Eine erfolgreiche Bildungspolitik muss sicherstellen, dass Schüler während ihrer schulischen Laufbahn angemessen gefördert werden.

Auch in der Bildungspolitik brauchen wir langfristige Strategien statt punktuell Flickwerk. Die CSP fordert eine umfassende Reform des Bildungswesens, die auf Exzellenz, Verantwortung und Wertschätzung basiert – entlang der folgenden fünf Punkte:



Punkt 1: Fördern und Fordern: Kein Abschied vom Leistungsprinzip!

Die Schule spielt eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung unserer Kinder auf das Leben. Daher ist es entscheidend, dass weiterhin hohe Leistungsstandards gelten. Prüfungen, Hausaufgaben und Bewertungen müssen beibehalten werden, um sicherzustellen, dass unsere Kinder gut auf die Herausforderungen nach ihrer Schulzeit vorbereitet sind. Außerdem müssen unsere Kinder individuell gefördert werden, damit jeder sein volles Leistungspotenzial ausschöpfen kann.

Bis zu ihrem 18. Lebensjahr begleitet unser regionales Ausbildungswesen unsere Jugendlichen – und danach? Bildung muss auf das Leben nach der Schule vorbereiten. Daher ist es unser Auftrag, neben der politischen Bildung auch soziale Kompetenzen wie Kommunikation, Kreativität und kritisches Denken besser auszubilden. Dazu gehören auch Prüfungen und Hausaufgaben, die überfachliche Kompetenzen wie Stressresistenz, Eigenverantwortung und Disziplin vermitteln. Allesamt Qualitäten und Charakterzüge, die im beruflichen und privaten Alltag später von großer Wichtigkeit sind!

Punkt 2: Exzellenz im Wesentlichen: Lesen, Schreiben, Rechnen und Französisch!

Es gibt zahlreiche Studien, die zeigen, dass Ostbelgien sein volles Potenzial im Bildungssektor nicht ausschöpft. Insbesondere die Kenntnisse in den grundlegenden Bereichen Lesen, Schreiben, Rechnen und Französisch verschlechtern sich kontinuierlich. Aus diesem Grund setzt sich die CSP für einen verstärkten Fokus auf diese wesentlichen Kompetenzen ein. Wir müssen sicherstellen, dass alle Kinder richtig lesen, schreiben und rechnen können – niemand darf zurückgelassen werden! Diese Bereiche bilden das Fundament unseres Zusammenlebens und sollten daher mit höchster Priorität behandelt werden.

In der Grundschule müssen diese Grundlagen gründlich vermittelt werden. Außerdem muss der Primarschulunterricht so ausgerichtet werden, dass er innerliche Motivation weckt. Schulbildung muss an die kindliche Neugierde andocken und einen klaren Bezug zum Alltag der Kinder haben. Neben den Grundkompetenzen ist auch die französische Sprache von zentraler Bedeutung für unsere Region. Leider ist Französisch in den vergangenen Jahren mehr und mehr eine Fremdsprache geworden – höchste Zeit, es wieder zu einer Zweitsprache zu machen!

Vor dem Hintergrund, dass unsere Schulen bereits so früh mit der Vermittlung der französischen Sprache beginnen, sind die Zweitsprachenkenntnisse unserer Schülerinnen und Schüler oft nicht zufriedenstellend. Auch der Mittelstand klagt regelmäßig über die relativ geringen Französischkenntnisse der Auszubildenden. Die CSP will hier agieren: Wir fordern, dass mehr Fachunterrichte in französischer Sprache erteilt werden, auch an den technischen und berufsbildenden Schulen! Außerdem möchten wir angesichts des bestehenden Lehrermangels die administrativen Hürden senken, um frankophonem Lehrpersonal den Berufseinstieg in ostbelgische Schulen schneller und einfacher zu ermöglichen.

Um ausreichend Raum und Möglichkeiten zur Vermittlung dieser Basiskompetenzen zu schaffen, ist eine umfassende Reform der Rahmenpläne erforderlich. Die Rahmenpläne müssen entschlackt werden und auf diese wesentlichen Grundkompetenzen reduziert werden, damit ausreichend Raum und Ressourcen zur Verfügung stehen, um diese zentralen Bildungsinhalte zu vermitteln.

Punkt 3: Die beste Bildung für das digitale Zeitalter!

Die CSP steht für eine echte, tiefgreifende Digitalisierung des Unterrichts, die den Praxistest besteht und auf die hochtechnisierte Arbeitswelt von morgen vorbereitet, auch auf die Anwendung von Künstlicher Intelligenz. Gleichzeitig brauchen unsere Kinder und Jugendlichen eine starke, wertebasierte Medienkompetenz. Eine solche Digitalbildung ermöglicht es ihnen, Inhalte differenziert einzuordnen und Falschinformation oder missbräuchliche Technologienutzung als solche zu erkennen.

Die CSP verweigert sich technologischen Neuerungen nicht. Allerdings stehen wir für einen kritischen Umgang, bei dem der Mensch zu jedem Zeitpunkt der Mittelpunkt bleiben muss. Wir können die Zukunft nur mitgestalten, wenn wir dem technologischen Wandel proaktiv und offen gegenüberstehen. Spätestens seit den bemerkenswerten Durchbrüchen im Bereich der generativen KI-Modelle, allen voran ChatGPT, besteht kein Zweifel mehr an den weitreichenden Auswirkungen, die Künstliche Intelligenz auch auf die Zukunft der Schul- und Ausbildung haben wird. KI-Programme werden das Bildungswesen, wie wir es heute kennen, fundamental prägen, Althergebrachtes verändern und etablierte Gewohnheiten umwälzen.

Dieser Wandel ist nicht per se negativ, wie beispielsweise KI-basierte Tutorensysteme illustrieren. Nichtsdestotrotz stellt die Entwicklung das ohnehin reformbedürftige Bildungswesen kurz- und mittelfristig vor große Herausforderungen. Zwar standen Schülerinnen und Schülern nie zuvor in der Geschichte so viele Informationen so bereitwillig zur Verfügung, allerdings ist es evident, dass bisherige Prüfungs- und Testformen hinfällig werden, wenn bspw. der Aufsatz in Sekundenschnelle durch ein Computerprogramm geschrieben wird.

Dabei ist das Themenfeld „*Künstliche Intelligenz*“ hochgradig komplex. Pauschalisierungen helfen der Debatte nicht weiter. Es ist an uns als politischen Akteuren und Bürgern einen angemessenen Umgang mit den neuen technischen Möglichkeiten im Unterrichtswesen auszutarieren. Dazu muss sondiert und verhandelt werden, Gefahren und Risiken müssen moderiert und Chancen genutzt werden.

Es braucht auch im ostbelgischen Bildungswesen einen konstruktiven, praktikablen Umgang mit Künstlicher Intelligenz, der die Qualität der Ausbildung und Wissensvermittlung sicherstellt und gleichzeitig auf den digitalisierten und hochtechnisierten Arbeitsalltag von Morgen vorbereitet.

Nachdem die Primarschule die wesentlichen schulischen Kompetenzen vermittelt, baut in unserer Bildungsvision die Sekundarschule auf diesem Fundament auf, indem die Kinder und Jugendlichen auf die Anforderungen des 21. Jahrhunderts vorbereitet werden. Wir möchten, dass die Schulen ihre Schüler auf die neue Lebens- und Arbeitswelt der Künstlichen Intelligenz vorbereiten und eine wertebasierte digitale Bildung fördern, die soziale Kompetenzen vermittelt. Dazu muss der Sekundarschulunterricht neben fachlichen Inhalten auch überfachliche Kompetenzen fördern, darunter jene des 4K-Modells: Kooperation, Kreativität, Kommunikation und kritisches Denken. Außerdem müssen wir die Zukunftskompetenzen der OECD gezielt schulen, ebenso wie empathische und gesundheitliche Kompetenzen, die ein aktives Lernumfeld schaffen.

Wir fordern handyfreie Schulen, um dort Missbrauch und Mobbing vorzubeugen und gleichzeitig die soziale Interaktion unter den Schülern zu fördern. Technologische Neuerungen, vor allem aber Social Media, müssen reflektiert gehandhabt werden, da auch im digitalen Raum ernsthafte Gefahren für das Kindeswohl lauern.

Punkt 4: Ein Plan für den Lehrerberuf!

Während der gesamten Schullaufbahn ist professionelles Personal unerlässlich. Lehrerinnen und Lehrer sind wichtige Wegbereiter in die Zukunft. Und dennoch fehlen uns diese wichtigen Wegbegleiter! Der Lehrermangel ist auch in Ostbelgien ein seit langem bekannter Missstand, dem vielseitige Ursachen zugrunde liegen, von steigender Heterogenität der Lernenden über

zu große Klassengrößen, bis hin zur Überlastung des Lehrpersonals mit administrativen und bürokratischen Aufgaben und Projekten.

Im Einklang mit der OECD-Studie und dem Schweizer Expertenbericht fordert die CSP eine umfassende Vision für den Lehrerberuf in Ostbelgien. Dazu gehören eine modernisierte, schulnetzübergreifende Harmonisierung des Dienstrechts im Bildungsbereich, Anreize zur Vollzeitarbeit für Lehrpersonal, eine Modernisierung des Ernennungssystems, damit junge Lehrpersonen abgesichert werden, die Einführung eines Jahresarbeitszeitmodells sowie eine transparente Gehaltsstruktur. Außerdem möchten wir unsere Lehrpersonalmitglieder auch sozioemotional besser ausbilden, damit sie auf die Herausforderungen des Schulalltags vorbereitet sind.

Die OECD bewertet das geltende Dienstrecht für ostbelgisches Lehrpersonal als veraltet und regt zu umfassenden Reformen und einer Harmonisierung zwischen den einzelnen Schulnetzen an. Dies würde sowohl die Transparenz des Systems erhöhen als auch die Mobilität der Lehrer zwischen unterschiedlichen Netzen stimulieren, wodurch sich Synergien ergeben, die Vorteile für das gesamte System generieren.

Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem gesellschaftlichen Ansehen von Lehrern und der Leistungsfähigkeit des Bildungssystems. Während zwei Drittel der Lehrkräfte in Singapur, Südkorea oder Finnland ein positives gesellschaftliches Ansehen ihres Berufs bejahen, tun dies in Frankreich, Schweden oder Portugal nur etwa 5 Prozent. Eine Vision für den Lehrerberuf muss demnach den Berufsstand in Gänze berücksichtigen. Dabei muss der Lehrer eine Vorbildfunktion haben und als Mentor und Pädagoge gelten, statt nur auf das bloße Präsentieren und Aufgaben erteilen reduziert zu werden. Zudem sollten Lehrer eine Kultur der Innovationsfreude entwickeln. Nur so lässt sich das Bildungswesen insgesamt innovationsfreundlicher gestalten.

Begleitend, und diese Vision für den Lehrerberuf aufgreifend, möchten wir Standards etablieren, die den Lehrerberuf strukturieren und leiten. Diese Standards sollten die Aus- und Weiterbildung durchziehen und auch in den Karriereverläufen klare Leitlinien etablieren, was einen guten Lehrer auszeichnet und wie sich die eigene Laufbahn voranbringen lässt. Diese Standards möchten wir umfassend und ganzheitlich denken – nicht kurzfristig oder punktuell. Außerdem muss die Lehrerschaft früh kooperativ in den Prozess dieser Standardschaffung einbezogen und konsultiert werden.

Der OECD-Bericht empfiehlt, dass Ostbelgiens Schulleiter (sowohl jene der Sekundarschulen, als auch jene der großen Primarschulen) mehr Kapazitäten zur pädagogischen Leitung erhalten. Nur so lässt sich der OECD zufolge das Ideal der schülerzentrierten Rahmenpläne verwirklichen. Wenn die Schulleiter sich dezidierter ihrer Kernkompetenz pädagogische Leitung widmen könnten, würde dies auch die Möglichkeit eröffnen, erfahrenere Lehrer vermehrt und intensiver in den Arbeitsprozess miteinzubeziehen – im Verbund mit den neu geschaffenen Middle Manager Positionen, die wir auch für die Grundschulen fordern, und

einer mehrstufigen Laufbahnstruktur eine weitere Maßnahme zur Personalbindung und Perspektivenentwicklung für den Lehrerberuf.

Punkt 5: Optimale frühkindliche Bildung!

Unsere Kinder sind unsere Zukunft, darum brauchen wir die bestmögliche Kinderbetreuung! Für eine optimale frühkindliche Bildung fordern wir eine verbindliche Ausbildung für Tagesmütter und -väter. Ostbelgien braucht eine einheitliche Grundausbildung für neues Betreuungspersonal, ebenso wie ein kohärentes Konzept der frühkindlichen Bildung, das die individuellen Bedürfnisse und Entwicklungsstufen der Kleinsten in den Mittelpunkt rückt. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu maximieren, muss das Kinderbetreuungsangebot auf die Bedürfnisse der Eltern zugeschnitten werden.

Außerdem möchten wir das Angebot an Betreuungsplätzen erweitern. Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat aktuell eine Betreuungsquote von 47 Prozent, was bereits sehr gut ist. Allerdings möchten wir diese bereits sehr gute Leistung weiter anheben! Jedes Kind muss das Anrecht auf einen garantierten Betreuungsplatz haben. In diesem Kontext sollte auch über neue Möglichkeiten der Betreuung nachgedacht werden. Wir wollen innovative Wege gehen, beispielsweise indem wir uns zu einer Vorreiterregion im Bereich der Betriebs- und Unternehmenskrippen entwickeln. Die CSP steht hinter den Expertenberichten, die den Betreuungsschlüssel von eins zu sechs als zu hoch einstufen. Wir vertreten einen Ansatz, der individuelle Betreuung und erstklassige Angebotsqualität priorisiert.

Im Zuge der Umstrukturierung der ostbelgischen Kinderbetreuung in den vergangenen Jahren lief die Kommunikation zwischen Dienstleister, Regierung und Eltern oft alles andere als gut. Die CSP hat diesen Kommunikationsstil oftmals im Parlament kritisiert und möchte energisch für einen anderen, gleichberechtigten und vor allem transparenten Dialog auf Augenhöhe eintreten!

BAUEN UND WOHNEN

4. Ein eigenes Zuhause: Aber bezahlbar!

Ostbelgien braucht...

- **Bürokratieabbau** für Bau- und Wohnprojekte (schnelle Genehmigungsverfahren und Planungssicherheit);
- **eine Beibehaltung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes** für den Abriss und Wiederaufbau von Gebäuden auf 6 % sowie eine Senkung der Registrierungsgebühren;
- **keine Renovierungspflicht**;
- **den Ausbau der Gemeindeautonomie** bei der Bearbeitung von Bauvorhaben;
- **die Förderung des sozialen Wohnungsbaus** unter Respektierung kommunaler Interessen.

Dem Belgier sagt man nach, dass er einen Ziegel im Bauch hätte („une brique dans le ventre“). So gehört es auch zur DNA der Ostbelgier, ein Eigenheim besitzen zu wollen. Viele haben eines und viele streben danach, irgendwann mal eines zu besitzen.

Die CSP will dieses Ziel fördern!

Der Markt bewegt sich zwischen Überhängen (viele leerstehende Wohnungen oder Wohnungen, deren Größe nicht im Verhältnis zur Anzahl Bewohner steht) und lauten Klagen über nicht bezahlbaren Wohnraum in unseren Kleinstädten. Rahmenbedingungen für den Wohnungsmarkt und die Baulandmobilisierung sind daher wichtig.

Trotz einiger Bestimmungen, die in Ostbelgien neu geregelt wurden, fehlt bislang eine echte Vision, die richtungsweisend darüber Auskunft gibt, wie Ostbelgien etwa in zwanzig Jahren aussehen soll.

Was die CSP will, sind klare Regeln aber keine Zwangsjacke!

Wir sind für eine Verdichtung des Wohnraums, für Umwelt-, Klima- und Artenschutz! Außerdem sind wir gegen eine Zersiedlung. Was wir heute versäumen, werden wir morgen möglicherweise überstürzt nachholen müssen. Aber wir wollen nicht, dass das Grundstück, das Eltern für ihre Kinder ausgesucht und bezahlt haben, durch eine Verwaltungsvorschrift nicht mehr zu bebauen ist.

Ähnlich müssen wir dafür sorgen, dass unsere Landwirte ihre Produktionsflächen behalten. Unsere Heimat ist durch die Landwirtschaft geprägt, und weitere wirtschaftliche Einschränkungen wären fatal!

Wir wollen Wartezeiten verkürzen und insbesondere im Bereich „Bauen und Wohnen“ Bürokratie abbauen! Wenn jemand baut, dann sollen die Zinsen nicht für die Zeit gezahlt werden, während der die Akte in den Verwaltungen liegt.

Wir müssen dafür sorgen, dass unser Personal bestens ausgebildet und in genügender Stärke vor Ort ist, um unsere Bürgerinnen und Bürger zu bedienen. Die CSP möchte Gewerbezonon, die zukunftstauglich und für Betriebe interessant sind aber auch die unseren Standort aufwerten.

Wer weiß, dass morgen Wasserstoff zum Energiefaktor avanciert, sollte sich nicht heute über das ‚Ob‘ Gedanken machen, sondern über das ‚Wie‘ und ‚Wo‘!

Ein interessantes Modell für die Deutschsprachige Gemeinschaft besteht darin, einen Wirtschaftsvorteil durch preiswerte nachhaltige Energie zu verwirklichen. Wir fordern dazu die Erstellung einer Karte für potenziell geeignete Standorte, etwa durch mehr Windparks oder die Schaffung einer Modellregion im Bereich der Wasserstoffgewinnung. Grundsätzlich tritt die CSP dafür ein, die ostbelgische Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFG) mit eigener strategischer Kompetenz zu versehen und sie so zu einem echten, unabhängigen Player in der Wirtschafts- und Standortförderung unserer Region zu machen.

Wir wollen, dass Synergien mit der RWTH Aachen geschaffen werden (Campus Melaten), um grenzüberschreitende Gewerbe- und Wohnflächen zu ermöglichen.

Die Herausforderung für die Zukunft liegt darin, die Gesetzgebung über Raumordnung, Umwelt- und Betriebsgenehmigungen zu vereinheitlichen. Daher sollten bei weiteren Zuständigkeitsübertragungen alle an das Baurecht gekoppelten Zuständigkeiten wie etwa Umwelt und Betriebsgenehmigungen auch übertragen werden.

Ein wichtiger Schritt ist die Beibehaltung des reduzierten 6 %-Mehrwertsteuersatzes für den Abriss und Wiederaufbau von Gebäuden. Darüber hinaus müssen die Registrierungsgebühren gesenkt werden, um die Baukosten insgesamt zu reduzieren.

Jedem steht das Grundrecht auf Wohnen zu. Angesichts der fortschreitenden Preisentwicklung im Immobiliensektor und den strengen Anforderungen der Banken, die eine Eigenkapitalquote von 30% verlangen, zeichnet sich ab, dass sich das Zahlenverhältnis zwischen Eigentümern und Mietern verändern wird. Diese Entwicklung wird voraussichtlich dazu führen, dass der öffentliche Wohnungsbau verstärkt unter Druck gerät.

Wer weiß, dass das Bauen immer teurer wird, sollte nach unserem Verständnis junge Bauherrn nicht noch zusätzlich mit Gebühren und kostenintensiven Regelungen belasten. Auch das will die CSP ändern!

Aber nicht jeder verfügt über genügend eigene Mittel für ein Eigenheim oder ist in der Lage, hohe Mieten zu zahlen. Insbesondere für junge Menschen möchten wir öffentliche Finanzierungsmodelle schaffen, die per Darlehen dabei helfen, den erforderlichen Eigenfinanzierungsanteil eines Hausbaus zu stemmen. Außerdem ist der soziale Wohnungsbau ein zweites wichtiges Standbein bei der Schaffung von neuem Wohnraum. Auch hier bestehen gegenwärtig Wartelisten, das Angebot entspricht nicht der Nachfrage, weshalb mehr sozialer Wohnraum benötigt wird.

Im sozialen Wohnungsbau stehen Entscheidungen an, die mit Fingerspitzengefühl zu treffen sind: In Fragen von Fehlbelegungen oder Leerständen wird zu entscheiden sein, ob der Wohnraum den tatsächlichen Bedürfnissen entspricht, ob die Wohnung nicht zu groß ist, ob der Auszug einer Einzelperson zuzumuten ist, oder ob etwa die Wohnung nicht besser durch eine Familie mit Kindern zu belegt ist. Es wird also darum gehen, maßgeschneiderte Lösungen zu entwickeln, die Lust darauf machen, hier in unserer Gegend zu bleiben.

Die Schaffung von Sozialwohnungen ist aber nicht immer einfach: Es darf nicht zu gesellschaftlichen Brennpunkten kommen, die zur Bildung von Ghettos führen können. Eine interessante Alternative zum rein öffentlichen sozialen Wohnungsbau besteht in privaten Finanzierungsmodellen, die es derzeit in Ostbelgien bereits gibt. Die CSP befürwortet die gesellschaftliche Durchmischung des (sozialen) Wohnungsbaus, etwa durch das Anmieten von einzelnen Wohnungen in bestehenden Gebäuden.

Immer mehr Haushalte sehen sich mit Schwierigkeiten beim Bauen konfrontiert. Die Verfügbarkeit von Grundstücken, Baumaterialien und anderen Ressourcen wird zunehmend eingeschränkt und teurer. In der Wallonischen Region wurden bereits umfangreiche Maßnahmen ergriffen, darunter 1 Milliarde EUR an Steuervorteilen und 600 Millionen EUR an Subventionen. Die Deutschsprachige Gemeinschaft wird prüfen müssen, in welcher finanziellen Größenordnung sie Bauwilligen hier entgegenkommen will und entgegenkommen kann. Die CSP ist dazu bereit!

Juristische Fragen im Zusammenhang mit Bauvorhaben lassen sich in der Regel recht einfach klären, da es darum geht festzustellen, ob etwas erlaubt ist oder nicht. Den rechtlichen Rahmen sollte die Gemeinschaft abstecken. Ermessensfragen hingegen sollten vom Städtebaudienst der Gemeinden beantwortet werden. Dieser Ansatz verfolgt das Ziel, eine schrittweise Steigerung der Autonomie für die Gemeinden zu ermöglichen. Damit könnten diese mehr Entscheidungsbefugnisse erhalten, während gleichzeitig sichergestellt wird, dass diese Befugnisse verantwortungsbewusst genutzt werden.

Die schrittweise Erhöhung der Gemeindeautonomie bedeutet, dass

a) bestimmte Vorhaben festgelegt werden, die von den Gemeinden eigenständig entschieden werden können. Anders gesagt: Die Gemeinde sollte in der Lage sein, kleine Gewerbezone und neue Bauerwartungszonen einzurichten;

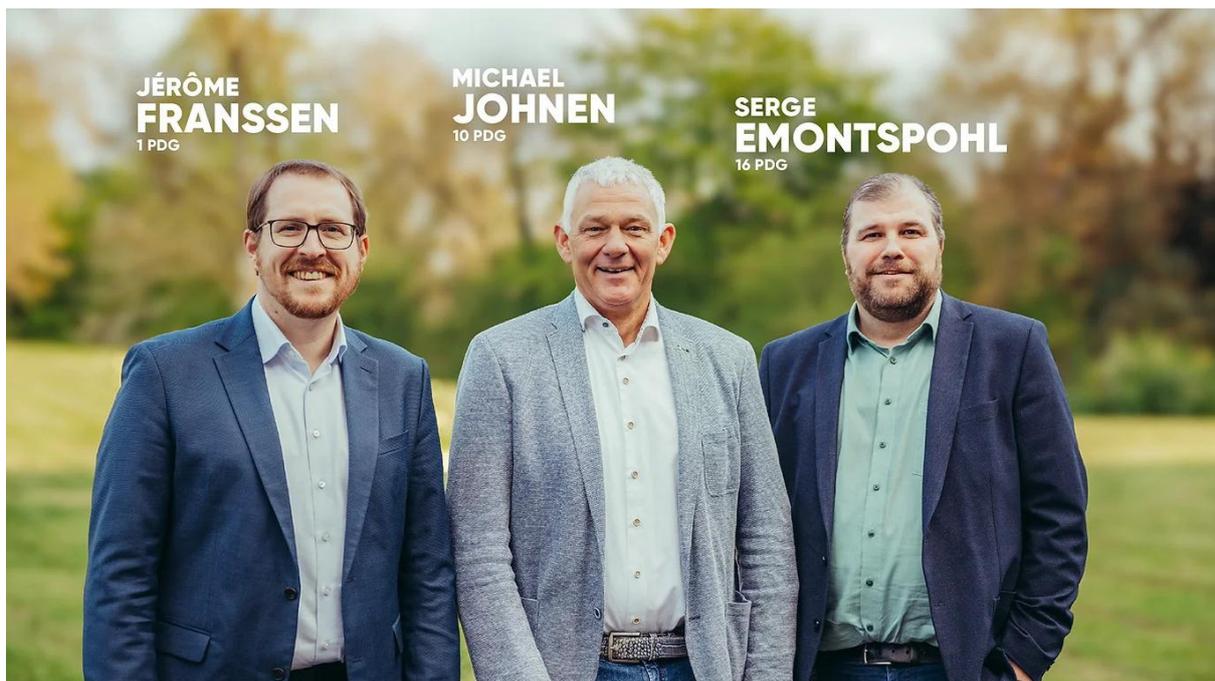
b) ein thematischer Leitfaden erarbeitet wird, der die Vielfalt respektiert und als Orientierung dient;

c) Zonen von kommunaler Bedeutung eingerichtet werden, wie im entsprechenden Dekret vorgesehen, und

d) Gemeinden ihre Städtebaudienste gemeinsam nutzen und zusammenlegen können, insbesondere in Fällen von gemeinsam genutzten Gewerbegebieten. Dieser schrittweise Ansatz zielt darauf ab, die Verantwortung der Gemeinden in Fragen der Raumordnung zu stärken.

Die belgische Verfassung räumt jedem das Recht auf ein menschenwürdiges Leben ein. Hierzu zählt auch das Recht auf eine angemessene Wohnung! Wir sind also verpflichtet, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um eine ausreichende Verfügbarkeit von Wohnraum sicherzustellen, Wohnkosten auf ein erträgliches Maß zu begrenzen aber auch Diskriminierungen vorzubeugen.

Die CSP nimmt diese Herausforderung ernst! Es geht also weniger darum, Regeln zu schaffen, sondern vielmehr darum, unserer Bevölkerung einen Mehrwert anzubieten, hier zu leben!



Punkt 1: Kosten sparen durch effiziente Genehmigungsverfahren!

Wir wollen, dass mehr Menschen in Ostbelgien bauen können. Klare und schnelle Genehmigungsverfahren sorgen für Planungssicherheit und verhindern die Entstehung von unnötigen Kosten. Seit der Übernahme der Raumordnungskompetenz vor fünf Jahren ist hier leider sehr viel Unordnung entstanden. Wir wollen in Zusammenarbeit mit den Gemeinden ein effizientes System ausarbeiten.

Punkt 2: 6 % bei allen Bau- und Renovierungsvorhaben!

Wer baut, renoviert oder auch größere Wohnprojekte realisieren will, soll in den Genuss des reduzierten Mehrwertsteuersatzes von 6 % anstatt 21 % kommen. Dafür setzen wir uns in Brüssel ein, damit der Bausektor wieder in Schwung kommt. Diese Steuererleichterung soll neben privaten Bauvorhaben auch für öffentliche und professionelle Bauprojekte gelten und somit einen Beitrag zur Bekämpfung von Leerständen leisten. Dies soll dazu beitragen, dass das Bauen eines Eigenheims oder die energetische Sanierung in Ostbelgien möglich ist und bleibt.

Punkt 3: Nein zur Renovierungspflicht!

Wir sprechen uns gegen eine Renovierungspflicht aus, um Menschen mit mittlerem oder geringem Einkommen nicht zu überfordern. Wir sprechen uns für finanzielle Anreize oder Hilfen aus, um die Kosten einer Renovierung stemmen zu können.

Punkt 4: Mit Investitionen bezahlbaren Wohnraum schaffen!

Wir wollen in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und privaten Akteuren den öffentlichen Wohnungsbau mit ausreichend Kapital versorgen, um bestehenden Wohnraum energetisch zu sanieren und neuen Wohnraum zu schaffen. Nur so werden wir es schaffen, den Druck auf die Immobilienpreise zu senken und Wohnraum bezahlbarer zu machen.

Punkt 5: Stärkung der lokalen Bindung!

Wir wollen, dass Menschen, die in Ostbelgien ihren Lebensmittelpunkt haben, die Möglichkeit haben, in ihrer Heimat zu bezahlbaren Preisen zu wohnen. Hierzu wollen wir den mittleren Wohnungsbau fördern, sodass Ostbelgier bessere Chancen bei der Vergabe von öffentlichen Wohnungen haben.

INTEGRATION

5. Für eine wertegesteuerte Integrationspolitik!

Die CSP ...

- steht für eine respektvolle und konsequente Integrationspolitik, die auf christlichen und westlichen Werten basiert;
- fordert das verpflichtende Sprachniveau B1 in einer der drei belgischen Landessprachen im Rahmen des Integrationsparcours;
- will Migranten schnell und unbürokratisch in den ostbelgischen Arbeitsmarkt integrieren um die Existenzgründung zu fördern, die Staatskasse zu entlasten und den Fachkräftemangel abzufedern;
- ist überzeugt von der rechtstaatlichen Demokratie, den Menschenrechten, der Meinungsfreiheit und der Gleichberechtigung der Geschlechter;
- steht für eine ostbelgische Willkommenskultur;
- fordert eine effektive und schnelle Anerkennung von Diplomen und Qualifikationen.

Die CSP Ostbelgien vertritt eine Integrationspolitik, die durch solide Grundprinzipien wie die Trennung von Kirche und Staat, die Gleichstellung der Geschlechter und das Recht auf freie Meinungsäußerung verdeutlicht, damit ein gemeinsames Miteinander für alle von Vorteil ist.

Integration ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, bei dem es wichtig ist, alle mitzunehmen. Dazu gehört auch ein breites Informations- und Bildungsangebot für die aufnehmende Bevölkerung.

Am rechten Rand wird alles Ausländische pauschal als fremd und negativ diffamiert, während am linken Rand kulturelle Differenzen zum Selbstzweck erhoben und jede wertorientierte Integrationsmaßnahme als Kulturkolonialismus abgelehnt wird. Beide Darstellungen irren, da sie Migration und Migranten insgesamt pauschalisieren, statt zu differenzieren.

Wie so oft, liegt die Wahrheit in der politischen Mitte. Die Rechte irrt, da Migrationsbewegungen seit jeher zur Menschheits- und Kulturgeschichte gehören und daher das „Fremde“ nur auf den ersten Blick fremd ist. Kultureller Austausch bereichert. Das sollte sich gerade in Ostbelgien, einer nationalen, sprachlichen und kulturellen Grenzregion, aus eigener Erfahrung erschließen. Die Linke irrt, da echte Integration, die für alle positiv ist, nur

gelingen kann, wenn Aufnehmende und Aufgenommene aufeinander zugehen. Dazu gehört auch das Annehmen freiheitlich demokratischer Grundwerte, die der Humanismus und die Aufklärung für Europa errungen haben. Bei allem Respekt für kulturelle Vielfalt – Toleranz muss da enden, wo geltendes Recht missachtet wird, und Emanzipationserrungschaften verloren zu gehen drohen.

Für die CSP Ostbelgien gelten Religions- und Meinungsfreiheit uneingeschränkt, bis sie mit anderen Grundrechten kollidieren – dann enden sie abrupt und absolut ausnahmslos.

Keine Toleranz für Intoleranz! Wer nach Ostbelgien kommt und hierbleiben möchte, muss unsere Gesetze achten und bereit sein, unsere demokratische Grundordnung zu teilen und einen Beitrag dazu zu leisten. Wer nach Ostbelgien kommt und hierbleiben möchte, muss die Motivation mitbringen, Land und Leute kennenzulernen und Vorurteile abzubauen.

Die Kernaufgaben der aufnehmenden Gesellschaft liegen (1) in der kultureller Offenheit, (2) in der Bereitschaft, Zuwandernde aufzunehmen und als neue Mitbürger anzuerkennen und (3) in der konsequenten Vermittlung unserer demokratischen und humanistischen Werte.

Integration ist eine gesellschaftliche Mammutaufgabe, zu deren Gelingen es neben dem guten Willen der Beteiligten vor allem eine langfristige Strategie und einen zukunftsorientierten Plan braucht.

Die Grundhaltung der CSP Ostbelgien ist klar: Wir sind **Christdemokraten**. Als solche stehen wir in der Tradition der Empathie und des Hilfspendens. Als solche stehen wir für eine offene, demokratische Gesellschaft, humanistische Werte und die emanzipatorischen Errungschaften der Aufklärung.

Diese Grundhaltung prägt unsere fünf folgenden Vorschläge zur Integrationspolitik: Respekt, Werte und Konsequenz!

Respekt für kulturelle Vielfalt, solange sie nicht die **Grundwerte** unserer Gesellschaft beschneidet; ansonsten **konsequenter Erhalt** unserer Lebensweise.

Punkt 1: Anhebung der verpflichtenden Landessprachkenntnisse auf Niveau B1!

Verständnis kommt von Verständigung: Hier beginnt die „Mündigkeit“.

Ohne angemessene Sprachkenntnisse kann keine langfristige Integration gelingen. Nicht im Berufsleben und noch weniger im Gesellschaftsleben. Die Fähigkeit, sich angemessen und verständlich in einer der drei belgischen Landessprachen ausdrücken zu können, stellt die erste Forderung der CSP dar. Wir treten für eine Anhebung und Intensivierung der durch den Integrationsparcours organisierten Sprachkurse ein, inklusive des Bestehens der erforderlichen Sprachprüfung.

Dazu sollen „Info Integration“ mehr finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Wir stehen innovativen Lösungsansätzen, vor allem KI-assistierten Sprachlernsoftwares, offen und wohlwollend gegenüber: Hauptsache, das Ergebnis stimmt!

Punkt 2: Schnell, einfach und unbürokratisch in Arbeit!

Der Mangel an Arbeitskräften stellt unseren Mittelstand und den Wirtschaftsstandort Ostbelgien vor wachsende Herausforderungen, die angesichts des demografischen Wandels in den kommenden Jahren weiter zunehmen werden.

Migration und Digitalisierung sind die Schlüssel zur Bewältigung dieser Krise. Wir müssen es schaffen, dass arbeitsfähige und arbeitswillige Migranten schnell und unbürokratisch Zugang zur Erwerbstätigkeit erlangen!

Das ist gut für die Neuankommenden, da es ihnen hilft, eine neue Existenz zu begründen, sowohl finanziell als auch sozial. Arbeiten stiftet Sinn, verschafft Einkommen, vermeidet Langeweile, hilft beim Spracherwerb und hilft, neue Kontakte zu knüpfen und Bekanntschaften zu schließen. Eine hervorragende Integrationsmaßnahme! Das ist gut für unseren Mittelstand, da es dem Arbeitsmarkt neue Personalressourcen zuführt und so den Mangel lindert. Das ist gut für die Staatskasse, die infolgedessen schneller von Sozialhilfeleistungszahlungen befreit wird.

Punkt 3: Gleiche Rechte und Pflichten für Alle!

Die Integrationsdebatte fokussiert sich häufig zu sehr auf die Unterschiede statt auf das Gemeinsame. Dazu gehört auch, dass wir uns alle an die Rechte und Pflichten halten, die unsere Verfassung und Gesetze vorschreiben. Oft wird schnell zu sehr in Abgrenzung und Schwarz-Weiß-Malerei gedacht. Es braucht eine Wir-Wende!

Gesellschaftlicher Wandel ist immer eine Teamleistung. So auch die Integrationspolitik. Die CSP steht für eine Kultur des „Wir“ und des Gemeinsamen: Zum Gelingen der Integration braucht es den wechselseitigen Fokus auf das Vereinende und die gemeinsame Zukunft. Die Deutschsprachige Gemeinschaft kann dieses Wir-Gefühl kultivieren und stärken, indem durch eine jährlich verliehene Ehrung von Integrationsleistungen Vorbilder geschaffen und Anstrengungen belohnt werden. Außerdem steht die CSP für eine Stärkung von Patenschafts- und Mentoring-Systemen, die ehrenamtlich tätige Ostbelgier dabei unterstützen, selbst einen konkreten Beitrag zur Integration von Ausländern zu leisten.

Punkt 4: Eine Willkommenskultur für Ostbelgien!

Damit Ostbelgien für Migranten zur neuen Heimat wird, müssen wir die Offenheit unserer Gesellschaft kultivieren. Dazu gehört auch, ein Gefühl des Willkommenseins zu vermitteln und jede Ungleichbehandlung und Ungerechtigkeit gegenüber Migranten abzulehnen. Zu unserem demokratischen Grundwesen gehört ein Rechtsstaat, dessen Regeln und Institutionen im Rahmen einer nachhaltigen Integrationspolitik erklärt und veranschaulicht werden müssen. Wir leben in einer Gesellschaft, in der die gleichen Regeln und Gesetze für alle gelten.

Zur Integration gehört auch das Aufgenommenwerden. Es muss daher der aufnehmenden Gesellschaft gelingen, Neuankommende offen zu empfangen. Ohne diese Bereitschaft der aufnehmenden Gesellschaft kann auch bei den besten Bemühungen der Migranten keine langfristige Integration gelingen. Die Integrationsgesellschaft ist ein Gemeinschaftsprojekt, für das beide Seiten aufeinander zugehen müssen.

Punkt 5: Schnelle und unbürokratische Anerkennung von Qualifikationen und Diplomen!

Die CSP teilt die Empfehlungen der zivilgesellschaftlichen Bürgerversammlung zum Thema "Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Ostbelgien". Auch die CSP setzt sich entschieden für eine schnellere und unkompliziertere Anerkennung ausländischer Diplome und Abschlüsse ein. Wir fordern, dass die Regierung einen Teil der Kosten für die Übersetzung dieser Diplome übernimmt, um Migranten den Zugang zum ostbelgischen Arbeitsmarkt zu erleichtern. Zudem müssen wir mittelständische Unternehmen besser informieren und finanziell unterstützen, damit sie Arbeitskräfte aus Drittländern schnell und unbürokratisch integrieren können.

Des Weiteren setzen wir uns auf föderaler Ebene dafür ein, dass Qualifikationen zu einem schnelleren Aufenthaltsrecht führen und die Arbeitsbereitschaft sowie Integration Einfluss auf das Asylverfahren haben. Durch die Einführung einer provisorischen Arbeitserlaubnis für Sektoren mit Fachkräftemangel wollen wir die Integration erleichtern und den Arbeitsmarkt stärken. Wir sind fest davon überzeugt, dass eine effiziente und transparente Bürokratie unerlässlich ist, um den Herausforderungen der Integration gerecht zu werden und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

HAUSHALTS- UND FINANZPOLITIK

6. Gesunde Finanzen für unsere Zukunft!

Die CSP ...

- fordert verlässliche Finanzsimulationen und setzt sich für einen Haushaltsausgleich ein, der dazu führt, dass endlich mit den Einnahmen die Ausgaben bestritten werden können.
- ist der Überzeugung, dass Schulden zurückgezahlt werden müssen, damit nächste Generationen Freiraum für eigene Bedürfnisse und die Umsetzung neuer Projekte erhalten.
- ist der Auffassung, dass nur unbedingt notwendige Infrastrukturprojekte, und das auch nur, in der nächsten Legislaturperiode durch die Aufnahme neuer Kredite finanziert werden dürfen.
- fordert einen deutlichen Abbau der Bürokratie, wobei auf einen schlankeren Beamtenapparat bei gleichzeitig bürgerfreundlichen Aktenverwaltung gesetzt werden muss.
- möchte das Wesentliche in den Mittelpunkt rücken: Das Hauptaugenmerk der Politik muss auf die Bereiche Gesundheit, Pflege, Bildung, Handwerk und Wohnen gelegt werden!

Regieren heißt Festlegen von Prioritäten.

Aus diesen Prioritäten müssen allen voran die Menschen in Ostbelgien einen Mehrwert schöpfen! Die öffentlichen Finanzen, die dazu dienen, diese Prioritäten umzusetzen, müssen demnach mit Weitsicht, Augenmaß und Vernunft verwaltet werden. Die derzeit besorgniserregende Haushalts- und Finanzlage der Deutschsprachigen Gemeinschaft macht deutlich, wie notwendig ein Umdenken ist.

Es sind nicht nur äußere Krisen, wie etwa die COVID-19-Pandemie, Kriege, Inflation oder ausbleibendes Wachstum, die als Ursachen für die seit Jahren bestehende Schieflage der Finanzen erkennbar sind. Es ist auch die verspätete Prioritätensetzung der letzten Regierungen, die die Zukunft des Angebots öffentlicher Dienstleistungen für die Bevölkerung gefährdet.

In der Gesundheitsversorgung, in der Seniorenpflege, im Bildungswesen, im Handwerk und Mittelstand, aber auch im Wohnungswesen, im Bereich der Raumordnung und damit auch bei den Finanzen, existieren enorme Herausforderungen, die wir nur meistern werden, wenn wir uns auf das Wesentliche konzentrieren.

In den letzten Jahren konnten weder die regierungseigenen Vorgaben zur Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, noch der neuen Handlungsspielräume oder der Verschuldung eingehalten werden.

Mit Verbindlichkeiten in Höhe von gut 1,1 Milliarden Euro (Stand April 2024) überlässt die Regierung unseren Nachkommen eine schwere Belastung. Dass das nicht so weitergehen kann, leuchtet ein.

Investitionen

Investitionen in neue Gebäude, Sportanlagen und andere Immobilien können derzeit nur durch Kredite finanziert werden. Kredite, die spätere Generationen zurückzahlen müssen.

In den Augen der CSP muss die Deutschsprachige Gemeinschaft den Weg zu befristeten und rückzahlbaren Hilfs- und Investitionsprogrammen finden.

Es geht darum, den Menschen dabei zu helfen, das gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Leben aufrechtzuerhalten, es wieder in Gang zu bringen, es zugleich zu verbessern und zukunftstauglich zu gestalten. Dass die öffentlichen Behörden alles entscheiden, finanzieren und regeln ist deshalb nicht erstrebenswert, weil es Abhängigkeit schafft und Kreativität einschränkt.

Hoher Schuldenstand der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Ende April 2024 belief sich die Höhe der Verbindlichkeiten auf knapp 1,1 Milliarden Euro, wobei sich auf den Konten noch 190 Millionen befinden. Dieser Schuldenstand hat sich im Vergleich zu 2014 verdreifacht. Der belgische Rechnungshof sagt, dass der Schuldenstand der Deutschsprachigen Gemeinschaft demzufolge 192,9 % ihrer Jahreseinnahmen ausmacht. Die Gefahr einer Zinssteigerung und der daraus resultierenden Ausgabensteigerung der Rückzahlung bleibt ein Dauerbrenner in der Finanzpolitik.

Haushaltsdefizite

Im Jahr 2022 lag das Haushaltsdefizit bei 81 Millionen Euro. Im Jahr 2023 bei 95 Millionen Euro. Im Jahr 2024 soll es bei 190 Millionen Euro liegen. Um dies zu finanzieren, muss die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft weitere Anleihen aufnehmen.

In diesem Kontext gilt es auch, die berechtigte Frage einer Reform des Gemeindefonds in aller Ruhe und Sachlichkeit zu prüfen, da bei einem derart komplexen Thema Schnellschüsse nicht dienlich sind. Es ist wichtig, die Interessen aller Gemeinden im Rahmen einer Reform angemessen zu berücksichtigen.

FAZIT

Gemeinsam für ein starkes und zukunftssicheres Ostbelgien!

Fazit: Es geht ums Wesentliche!

Die CSP setzt auf das Wesentliche: eine starke Gesundheits- und Pflegeversorgung, die Aufwertung des Handwerks, eine exzellente Bildung, bezahlbaren Wohnraum und eine wertegesteuerte Integrationspolitik. Wir kämpfen gegen den Fachkräftemangel, fördern attraktive Arbeitsbedingungen und stärken unseren Pflegesektor. Unser Ziel ist es, Ostbelgien zukunftsfähig aufzustellen und unsere hohe Lebensqualität für morgen abzusichern. Den Weg dahin haben wir in unserem 25-Punkte-Plan beschrieben.

Wir setzen auf eine Arbeitskultur, die Leistung belohnt, und lehnen die Vier-Tage-Woche ab. Stattdessen plädieren wir für eine faire Vergütung und attraktive Ausbildungsbedingungen im Handwerk. Für die beste Bildung unserer Kinder fordern wir Exzellenz in den Grundkompetenzen Lesen, Schreiben, Rechnen und Französisch. Wir stehen für eine Digitalisierung der Bildung, die auf die Anforderungen des 21. Jahrhunderts vorbereitet.

Unsere Integrationspolitik basiert auf den Werten des Respekts und der Rechtsstaatlichkeit. Wir fördern Sprachkenntnisse und erleichtern den Zugang zum Arbeitsmarkt.

Wir wollen die Bürokratie abbauen und bezahlbaren Wohnraum schaffen, um den Traum vom Eigenheim für junge Familien wieder erreichbar zu machen.

Wir wollen Ostbelgiens Verwaltung effizienter machen und bürokratische Hürden senken. Die Dienstleistungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft müssen bürgerorientiert angelegt sein, ohne etliche Behördengänge. Wir möchten die Posten des Parlamentspräsidenten und des Senators in der kommenden Legislaturperiode zusammenlegen. Die CSP betrachtet die Deutschsprachige Gemeinschaft als gleichwertigen Bestandteil des KönigreichsBelgien. Wir fordern daher eine garantierte Vertretung in der föderalen Abgeordnetenversammlung und in der wallonischen Region. Als Partner auf Augenhöhe wird die CSP auch weiterhin an der Weiterentwicklung unserer Autonomie mitarbeiten.

Die CSP steht für gesunde Finanzen, die kommenden Generationen Spielraum für eigene Projekte lassen. Wir setzen auf eine verantwortungsvolle Finanzpolitik, die Investitionen in die Zukunft ermöglicht, ohne kommende Generationen zu belasten.

Die CSP steht zudem traditionell für die Förderung des Ehrenamts und der ostbelgischen Vereinswelt. Was wäre unsere Heimat ohne die vielen Jugend- und Theatergruppen, Sport- und Musikvereine, Museen, Wanderverbindungen und Serviceclubs? Das Ehrenamt bietet einen wichtigen Bestandteil unserer ostbelgischen Zivilgesellschaft. Täglich engagieren sich Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwohl, schaffen kulturelle, sportliche und freizeithliche Angebote und tragen maßgeblich zum Zusammenhalt unserer Region bei. Damit dieses wichtige Engagement auch zukünftig bestehen bleibt, wollen wir die bestehenden Angebote besser sichtbar machen, damit auch junge Menschen den Weg ins Ehrenamt finden und die Zukunft absichern. Außerdem möchten wir den Ehrenamtlern zu mehr Anerkennung verhelfen und ihnen bürokratische Arbeit weitestmöglich abnehmen, damit mehr Zeit und Energie für ihr Engagement zur Verfügung steht.

Unsere Heimat Ostbelgien zeichnet sich durch eine hohe Lebensqualität aus. Wir wollen diesen Standard absichern, und gleichzeitig jedem zugänglich machen: Die CSP Ostbelgien tritt entschieden für ein inklusiveres und barrierefreieres Ostbelgien ein. Leider gibt es diesbezüglich auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft noch einiges zu tun! Höchste Zeit, die Dinge anzupacken und Barrieren abzubauen, Zugänglichkeit zu erhöhen und ein inklusives Ostbelgien zu schaffen!

Um die Lebensqualität unserer Region abzusichern, brauchen wir neben dem Querschnittsthema der Inklusion auch einen kohärenten Nachhaltigkeitsplan, der im Einklang mit europäischen und internationalen Standards unsere Klimaziele gewährleistet. Wir sehen die Folgen des Klimawandels heute bereits zunehmend. Wir stehen daher zu den Zielen des europäischen "Green Deals", gesamteuropäisch den CO₂-Ausstoss im Jahre 2030 um 55% zu senken und im Jahre 2050 klimaneutral zu werden. Diesen Zielen verpflichten wir uns auf allen politischen Ebenen, auf denen wir aktiv sind, also auch auf Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Diese Ziele erreicht man in unseren Augen aber vor allem dann, wenn die Gesetzesrahmen technologieneutral sind, den Menschen und Unternehmen Anreize geschaffen werden, nachhaltiger zu leben und zu produzieren, und Massnahmen sozial abgefedert werden. Es ist eine sehr grosse Herausforderung, die wir aber gemeinsam mit den Menschen angehen möchten und nicht gegen sie.

Am 9. Juni haben Sie die Wahl. Vertrauen Sie der CSP und gestalten Sie mit uns ein starkes, lebens- und liebenswertes Ostbelgien. Gemeinsam schaffen wir die Voraussetzungen für eine sichere und erfolgreiche Zukunft für alle Bürger unserer Gemeinschaft. Es geht ums Wesentliche – Ihre Zukunft, unsere Heimat.

Unterstützen Sie uns mit Ihrer Stimme!

Franssen.

